

DAS KOLUMBIANISCHE PARTEIENSYSTEM.
DIE TRANSFORMATION NACH DEN REFORMEN
DER 90ER JAHRE
Linda Helfrich-Bernal

In der politikwissenschaftlichen Literatur über Kolumbien wird oft ein Paradox aufgezeigt: Das Land sei das Beispiel eines Staates, der sich seit seiner Unabhängigkeit 1818/19 in (relativer) Stabilität, gleichzeitig aber in einer permanenten Krise befunden habe.¹ Die Stabilität wird dabei in der Regel auf die Tatsache zurückgeführt, dass in Kolumbien Regimewechsel selten waren und es sich nach Ansicht einiger Lateinamerikaexperten um „die älteste Demokratie Lateinamerikas“² handelt. Der Begriff Demokratie wurde dabei schlicht an der seit Mitte des 19. Jahrhunderts fast kontinuierlichen Existenz von Wahlen in einem Zweiparteienregime festgemacht und beliebig gebraucht – oft in Abgrenzung zu den lateinamerikanischen Militärdiktaturen.

Auch das kolumbianische Parteiensystem wurde bis in die 90er Jahre in der Lateinamerikaforschung für seine Stabilität gelobt (Mainwaring/Scully 1995: 17). Diese beruhte darauf, dass die Liberale und Konservative Partei seit Mitte des 19. Jahrhunderts den Staat dominierten. Zwar ermöglichte die von ihnen ohne wesentliche Beteiligung der Bevölkerung und politisch organisierter Gruppen paktierte jeweilige Ausgestaltung des politischen Systems – im Unterschied zu vielen anderen lateinamerikanischen Ländern – in aller Regel eine zivile Herrschaftsform. Aber dennoch konnte beispielsweise das ab 1958 (bis offiziell 1974) unter dem Namen Nationale Front organisierte Regime weder auf kompetitive Wahl- noch

¹ Vgl. beispielsweise: Leal Buitrago 1987, 1995, 1996; Leal Buitrago/Zamosc 1990, Palacio 1990; Pizarro Leongómez 1996; Medina 1997 und 1997a.

² Seegers 1998: 70. Vgl. auch Sevilla/von Haldenwang/Pizarro Leongómez 1999: Buchrücken.

auf wettbewerbsorientierte Partizipationsprozesse verweisen. Auch die demokratischen Defizite in anderen Teilregimen sowie die eingeschränkte Rechtsstaatlichkeit und die Nichtwahrnehmung eines Großteils seiner Funktionen durch den kolumbianischen Staat verstärkten den autoritären Charakter des politischen Systems und hatten negative Auswirkungen auf die Inklusions- und Repräsentationskapazität des Parteiensystems.

Unter anderem wirkte sich das Regime der Nationalen Front auf die Partizipationsgewohnheiten von Parteien und Bevölkerung aus. Der Wahlakt war lediglich ein Ritual zur Bestimmung der innerparteilichen Machtstrukturen zwischen der Liberalen und Konservativen Partei. Die Wahlen verloren dadurch als Integrationsmechanismus für das gesamte politische System an Bedeutung. Die Höhe der Beteiligung und die Wahlausgänge führten nicht zu tatsächlichen Machtverschiebungen. Die Bürger entschieden auch nicht darüber, ob das Regime der Nationalen Front weiterhin Bestand haben sollte. Dritte Parteien blieben bis 1970 auf der regionalen und bis 1974 auf der nationalen Ebene von der Macht ausgeschlossen.

Der Ruf nach Reformen und nach anderen politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten wurde deshalb bereits seit Ende der 60er Jahre immer lauter. Als Kolumbien in den 80er Jahren eine seiner tiefgreifendsten Krisen durchlief, der eine zunehmende Guerillatätigkeit, Streiks verschiedener Organisationen bzw. Personen der Zivilgesellschaft (*paros cívicos*) und die Machtausweitung der Drogenmafia vorausgegangen waren, schienen die Konfliktregulierungskapazitäten innerhalb des bestehenden Normengefüges ausgeschöpft. Die Regierungen Betancur, Barco und Gaviria reagierten darauf mit institutionellen Reformen, die schließlich in der neuen Verfassung von 1991 ihren Höhepunkt fanden. Diese bezogen sich unter anderem auf das Wahlrecht, Teile des Wahlsystems und die Normen zur Gründung, Finanzierung und politischen Beteiligung von Parteien. Ein wichtiges Anliegen der Reformen lag in der Öffnung des politischen Systems für zuvor ausgeschlossene Sektoren der Bevölkerung. Im Folgenden sollen die dadurch hervorgerufenen Veränderungen im Parteiensystem aufgezeigt und anhand dreier von der Transformationsforschung für konsolidierte Parteiensysteme aufgestellten Kriterien strukturiert und analysiert werden:

- Der Grad der Fragmentierung des Parteiensystems

Auf der Grundlage von Sartoris Typologie der Parteiensysteme halten Transformationsforscher die Variante des moderaten Mehrparteiensystems für konsolidierungsfördernd (Sartori 1976; Linz/Stepan 1978; Merkel 1997: 355). Dabei soll nicht nur die absolute Zahl der vor-

handenen Parteien gemessen werden, sondern ihre relative Bedeutung im politischen System. Das in der Literatur am häufigsten dafür verwendete Messinstrument ist die Effektive Zahl der Parteien (EZP).³

- Die Bedeutung von *Cleavage*-Strukturen im Parteiensystem

Eine klare *Cleavage*-Struktur gilt als Voraussetzung für ein konsolidiertes Parteiensystem. Die gesellschaftlichen Konfliktlinien (*cleavages*) sollen sich in verschiedenen Parteien und in deren Programmen widerspiegeln. Aussagen darüber, wie viele Parteien von welcher Relevanz in einem System wünschenswert sind, werden im Hinblick auf die *cleavages* nicht getroffen. Erwähnung findet allerdings, dass Parteiensysteme, die sich einseitig entlang ethnischer oder religiöser Trennlinien konsolidiert haben, u. U. eine Gefahr für die Demokratie darstellen können (von Beyme 1997: 37f.; Ramos Jiménez 1995: 180 und 207f.; Garretón 1997: 11 sowie Merkel/Puhle 1999: 151ff.).

- Der Grad an Extremismus und Polarisierung

Konsolidierungsforscher halten es für unabdingbar, dass stabile Demokratien nur ein Minimum an Gewalt und Extremismus aufweisen und dass sich keine Antisystemparteien dauerhaft etablieren können. Die Polarisierung des Parteiensystems, also der Unterschied zwischen extrem rechten und linken Parteien, sollte nicht allzu weit auseinander klaffen. Die genaue Spannweite zwischen den Extremen wird dabei nicht angegeben (Linz/Stepan 1996a: 15; von Beyme 1997: 35).

1. Die Fragmentierung des Parteiensystems

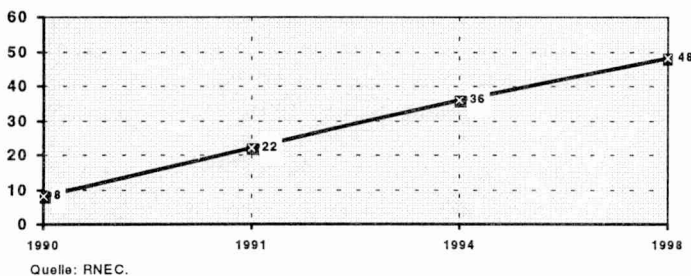
Die in der Verfassung von 1991 und in der Parteien- und Wahlgesetzgebung⁴ verankerten Normen schufen eine Anreizstruktur zur Gründung neuer Parteien. Sie führten nach der Verfassungsgebenden Versammlung zu einer enormen Zunahme der verschiedensten Organisationen sowie

³ Vgl. zur Erklärung und Berechnung der EZP: Laakso/Taagepera 1979: 3ff.; Taagepera/Shugart 1993: 456ff. Merkel (1997: 363) spricht von einem Zweiparteiensystem bei einer EPZ zwischen 1,5 und 2,5, von einem moderat fragmentierten Parteiensystem bei einer effektiven Parteienzahl von 2,5 bis 5,1 und von stark fragmentierten Parteiensystemen bei einer EZP über 5,1. Manuel Alcántara (1996: 13) klassifiziert lateinamerikanische Parteiensysteme in drei Kategorien: Zweiparteiensysteme mit einer EZP unter 2,4, limitiert pluralistische Systeme mit einer EZP zwischen 2,5 und 4 und extremer Pluralismus mit einer EZP über 4.

⁴ Gesetz Nr. 130/1994 (Ley 130 del 23 de marzo de 1994 por la cual se dicta el estatuto básico de los partidos y movimientos políticos, se dictan normas sobre su financiación y la de las campañas electorales y se dictan otras disposiciones).

„unabhängiger“ Kandidaten auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Die Wahlbehörde (*Registraduría Nacional del Estado Civil, RNEC*) registrierte 1998 71 Wahlparteien.⁵ Einigen wurde aufgrund ihres schlechten Abschneidens nach den Kongresswahlen wieder ihr Status als Partei entzogen. Die Zahl der Parlamentsparteien stieg von acht (1990) auf 48 (1998) an.

Schaubild 1: Vom Nationalen Wahlrat nach den jeweiligen Kongresswahlen anerkannte Parteien 1990-1998



Dies macht die kolumbianische Parteienlandschaft zu einer auch für *insider* heute nur schwer zu durchschauenden Ansammlung von Parteilabels, die man grob in die folgenden Sektoren differenzieren kann:

- a) Viele neue Parteien wurden von ehemaligen Kandidaten und Kandidatinnen des *Partido Liberal* und des *Partido Conservador* gegründet. Sie repräsentieren frühere innerparteiliche Sektoren. Diese neuen Organisationen lassen sich untergliedern in:
 - Satellitenparteien, die zwar einen eigenständigen legalen Status aufweisen, aber eine enge Verbindung zur Mutterpartei halten.
 - Abspaltungsparteien, die keinerlei Anschluss mehr an die Mutterparteien suchen und vollkommen unabhängig agieren.⁶
- b) Die traditionelle kolumbianische „Linke“ und ihre Neuformierung seit Ende der 90er Jahre.

⁵ Als Partei bezeichne ich im Folgenden jede Gruppierung, die an Wahlen teilnimmt. Ich halte für den kolumbianischen Kontext eine solche Minimaldefinition für angebracht, da die Einbeziehung programmatischer, ideologischer oder repräsentativer Gesichtspunkte in die Definition im strengen Sinne die Mehrheit der Parteien ausschließen würde. Dies gilt im Übrigen auch für andere lateinamerikanische und die US-amerikanischen Parteien. Dort wechseln Politiker und Politikerinnen nicht selten die Organisation, ohne ihr Programm oder ihre ideologischen Vorstellungen zu ändern. Vgl. dazu auch Taylor 1996: 150f. Die Zählweise und Zuordnung der Parteianhänger wird auch durch häufige Wechsel erschwert. Deshalb muss auch das Verhalten einzelner Personen sowie deren parteipolitische Herkunft berücksichtigt werden. Die kolumbianische Verfassung trifft außerdem keine klare Unterscheidung zwischen politischen Parteien und Bewegungen (Helfrich-Bernal 1999: 93.).

⁶ Vgl. Taylor 1996: 214. Satellitenparteien können nach einer gewissen Zeit zu Abspaltungsparteien werden.

- c) Wiedereingegliederte Guerillaorganisationen, die ihren Parteienstatus im Laufe von Friedensverhandlungen mit verschiedenen Regierungen erzielten. Bei ihrer ersten Wahlteilnahme sprach man ihnen meist im Rahmen von *positive-action*-Maßnahmen Mandate unabhängig von ihrer tatsächlichen Stimmenanzahl zu.
- d) Gruppierungen, die im Zusammenhang mit dem Verfassungsgebungsprozess entstanden waren und/oder an der Verfassungsgebenden Versammlung teilgenommen hatten. Letzteren wurde im Anschluss automatisch der Parteienstatus gewährt.
- e) Aus den verschiedensten Regionalbewegungen hervorgegangene Parteien, die aufgrund des *cleavages* Zentrum-Peripherie und/oder auf der Basis der Organisationsstruktur von sozialen Bewegungen (*movimientos cívicos*) entstanden waren.
- f) Pluripartidistische Parteien, die sich aus Wahlallianzen zwischen Konservativen, Liberalen und „unabhängigen“ Kandidaten bzw. regionalen Bewegungen zusammensetzen.
- g) Mikro- oder „Taxi“-Parteien, die sich um eine Führungspersönlichkeit bilden.
- h) Organisationen, die gremiale Gruppierungen – wie beispielsweise einen Teil des Gewerkschaftssektors – vertreten.
- i) Die politischen RepräsentantInnen religiöser Gemeinschaften.
- j) Die politischen Bewegungen der *índigenas* und AfrokolumbianerInnen.

Nimmt man allerdings eine Gewichtung dieser neuen Sektoren nach ihrer relativen Bedeutung vor, wie dies von Parteienforschern vorgeschlagen wird, dann wird die Dominanz der traditionellen Parteien deutlich. Bei dieser Analyse erweist sich das Parteiensystem heute als kaum stärker fragmentiert als vor den Reformen.

Tabelle 1: Effektive Zahl der Wahlparteien (EZWP) im Senat und im Repräsentantenhaus (RH) 1974-1998

Jahr	EZWP Senat	EZWP-RH
1974	2,4	2,4
1978	2,2	2,2
1982	2,1	2,1
1986	2,6	2,7
1990	2,3	2,2
1991	3,4	3,3
1994	3,2	3,2
1998	2,6	2,7

Quelle: Taylor 1996: 198 und RNEC, Zusammenstellung und Berechnung durch die Autorin.

Tabelle 2: Effektive Zahl der Parlamentsparteien (EZPP) im Senat, im Repräsentantenhaus (RH) und in der Verfassungsgebenden Versammlung (*Asamblea Nacional Constituyente, ANC*) 1974-1998

Jahr	EZPP-Senat	EZPP-RH	ANC
1974	2,2	2,3	
1978	2,0	2,1	
1982	2,0	2,0	
1986	2,5	2,5	
1990	2,2	2,2	4,7
1991	3,1	3,0	
1994	2,9	2,8	
1998	2,3	2,1	

Quelle: Taylor 1996: 198 und RNEC.
Zusammenstellung und Berechnung durch die Autorin.

In den Tabellen 1 und 2 lässt sich erkennen, dass die kolumbianische Parteienlandschaft von 1974 bis 1990 durch zwei relevante Parteien dominiert wurde. Leichte Einschnitte gab es nur 1974 vor allem durch die Aktivitäten der *ANAPO* und 1986 durch den Einfluss des *Nuevo Liberalismo*. Diese liberale Splittergruppe schloss sich später wieder dem *PLC* an. Erst mit der Verfassungsgebenden Versammlung (*Asamblea Nacional Constituyente, ANC*) 1990 öffnete sich das kolumbianische Parteiensystem für neue Parteien und „unabhängige“, (noch) nicht als Parteien registrierte, Listenkandidaten. Die Daten in Tabelle 2 veranschaulichen aber auch die Einmaligkeit der Verfassungsgebenden Versammlung mit ihrem Multiparteiencharakter. Wenn zwischenzeitlich eine drei vor dem Komma stand, zeigte die EZP keine dauerhafte Veränderung von einem Zweiparteien- zu einem Mehrparteiensystem an. Die neuen Normen führten nicht zur Etablierung einer starken dritten Kraft im Parlament. Vielmehr gibt es weiterhin eine dominante Partei (*Partido Liberal*), eine große zweite Partei (*Partido Conservador*) und eine Vielzahl von meist neuen Parteien unterschiedlicher Größe. Die Messzahl verändert in Kolumbien die Summe der kleinen Parteien, deren Relevanz im Parteiensystem zwar vorübergehend zugenommen hatte, die aber die Vorherrschaft der traditionellen Parteien (noch) nicht brechen konnten. Der tatsächliche Einfluss der einzelnen neuen Gruppierungen kann sich zudem von Wahl zu Wahl verschieben. Solche Veränderungen kann die EZP nicht anzeigen.

Die Effektive Zahl der Parteien indiziert also allenfalls einen moderaten Fragmentierungsgrad, der aus theoretischer Perspektive keine Gefahr für die Konsolidierung eines Parteiensystems darstellt.⁷ Die kolumbianischen

⁷ Vgl.: Helfrich-Bernal 1999: 330ff. In Brasilien, dessen Parteiensystem als stark fragmentiert gilt, lag die Effektive Zahl der Parteien 1990 für das Repräsentantenhaus bei 8,65 und für den Senat bei 5,54; 1994 betrug sie 8,13 und 6,08. Vgl.: Mainwaring: 1997: 17.

Demokratisierungsmaßnahmen verfehlten aber im Hinblick auf die Integration neuer politischer Sektoren, die die Dominanz der traditionellen Parteien in Frage stellen können, bisher ihr Ziel.

2. Die *Cleavage*-Struktur des Parteiensystems

In Transformationsprozessen kann man davon ausgehen, dass sich die jeweiligen in einem Staat dominanten gesellschaftlichen Konfliktstrukturen auf die Gestaltung des Parteiensystems auswirken. Auch in Kolumbien wurde nach den Reformen deutlich, dass sich ein Teil der neuen Wahlparteien entlang gesellschaftlicher Konfliktlinien (Zentrum/Peripherie; AfrokolumbianerInnen bzw. *indígenas*/Mestizen; Arbeit/Kapital; Katholiken/Protestanten; Mann/Frau; Klientelismus/Parteionabhängigkeit sowie Krieg/Frieden) herausgebildet hatte. Durch die Zuspitzung der weltweiten Wirtschaftskrise war begründet auf dem *cleavage* Arbeit/Kapital bereits in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts die Kommunistische Partei entstanden; u.a. auf die *cleavages* Krieg/Frieden berufen sich die Parteien früherer Militärangehöriger und der Ex-Guerillaorganisationen. Die RepräsentantInnen der indigenen Gemeinschaften und der AfrokolumbianerInnen knüpften an die Konfliktlinie indigene bzw. schwarze Gemeinschaften/Mestizen an. Die christlichen Parteien stützten ihre politische Strategie auf den Konflikt zwischen den traditionellen Sektoren der Katholischen Kirche und den protestantischen Organisationen.⁸ Die verschiedenen Regionalparteien, oft aus lokalen *movimientos cívicos* entstanden, bildeten sich entlang der Konfliktlinie Zentrum/Peripherie. Der *Movimiento Político Mujeres 2.000*, der 1998 zum ersten Mal an Wahlen teilnahm, ist die einzige Gruppierung, die sich als Partei explizit mit Frauenfragen beschäftigte. Besonders erfolgversprechend erschien es den „unabhängigen“ Kandidatinnen und Kandidaten, auf die Ablehnung klientelistischer Wahlpraktiken durch einen zunehmenden Teil der Wahlberechtigten zu setzen.

2.1 Die Organisationen der indigenen und afrokolumbianischen Gemeinschaften

Der Interessenvertretung der sogenannten „ethnischen Minderheiten“ im Kongress hatten die Verfassungsgeber von 1991 besondere Bedeutung beigemessen. Wie einem Teil der reintegrierten Guerillabewegung räumte der Staat den indigenen Gemeinschaften bei den Wahlen 1991, 1994 und

⁸ Auch die von Katholiken organisierte Partei *Laicos por Colombia (LPC)* wollte sich von der traditionellen Kirchenhierarchie absetzen.

1998 sowie den AfrokolumbianerInnen 1994 Sonderkonditionen (*circunscripción especial*) nach Artikel 176 der Verfassung von 1991 ein. Die relativen Erfolge der *indígenas* und der Schwarzen bei den Wahlen der 90er Jahre waren mit wenigen Ausnahmen auf *positive-action*-Maßnahmen zurückzuführen. Beide Gruppen hatten es durch ihre Repräsentation im Kongress geschafft, ihre politische Präsenz und Wahrnehmung auf nationaler Ebene zu erhöhen. Indigene Abgeordnete wie Lorenzo Muelas, Rojas Birry und Jesús Piñacué brachten ihre Anliegen immer wieder in Debatten im Kongress ein. Am 4. April 2000 erklärten beispielsweise alle fünf indigenen Kongressmitglieder einen Hungerstreik, um Umweltminister Juan Mayr vor dem Kongress zur Rechenschaft zu ziehen (*moción de censura*), da er für die Erteilung von Umweltlizenzen verschiedener Makroprojekte verantwortlich zeichnet. Diese bedrohen die kulturelle Integrität vor allem der *u'wa* und der *emberá-katío*.⁹ Außerdem beteiligten sie sich aktiv an der Debatte um Gesetzesvorlagen, die die indigenen Gemeinschaften betreffen.¹⁰

Bisher hat die politische Repräsentation der indigenen und afrokolumbianischen Gemeinschaften aber wenig dazu beigetragen, die wesentlichen sie betreffenden kulturellen, sozialen, politischen und ökonomischen Probleme (Marginalisierung, Territorialkonflikte, Vertreibungen, Menschenrechtsverletzungen) tatsächlich zu lösen. Die Vertretung im Kongress verursachte sogar die Spaltung der sozialen Basis der Organisationen. Nach den ersten Wahlen trennten die *indígenas* ihre gremialen Organisationen (*Organización Nacional Indígena de Colombia*, ONIC, *Consejo Regional Indígena*, CRIC u.a.) von der politischen Repräsentation im Kongress, um Konflikte zu vermeiden. Unterschiedliche Sektoren gründeten verschiedene politische Parteien: den *Movimiento Alianza Social Indígena* (ASI), den *Movimiento Indígena Colombiano* (MIC) und den *Movimiento Autoridades Indígenas de Colombia* (AICO). Während die indigenen Gemeinschaften in den Vertretern im Kongress aufgrund ihrer traditionellen Organisationskultur weisungsgebundene Sprecher der *indígenas* sahen, hielt sich ein Teil der gewählten Politiker nicht an die getroffenen Absprachen, sondern verfolgte eigene Ziele.¹¹

⁹ Es handelt sich dabei um den Bau eines Staudamms durch das Unternehmen Urrá S. A. und den Staat in der Region des Alto Sinú im *departamento* Córdoba und die Ausbeutung der Ölfressourcen durch die Firma OXY in der Nähe des Reservates der *u'wa*. Vgl.: *Actualidad Colombiana* Nr. 282, 1.-15.3.2000: 5, Nr. 286, 26.4.-10.5.2000: 8 und Helfrich-Bernal 2000b: 17ff.

¹⁰ Sie engagierten sich beispielsweise beim Gesetz zur territorialen Neuordnung, dem Gesetz Nr. 160 von 1994 für eine Agrarreform, bei der Einrichtung des Umweltministeriums, dem Gesetz Nr. 141 von 1994 über den Nationalen Fonds für Konzessionsabgaben, Vorlagen über den obligatorischen Militärdienst, die Wahlrechtsreform, die soziale Sicherheit, die Bildungsreform etc. Vgl. dazu auch: Muyuy Jacanamejoy 1997: 249ff.

¹¹ Dazu heißt es in Artikel 44 der Parteistatuten der AICO wörtlich: „Diejenigen, die für die Bewegung AICO in die Parlamente, als Gouverneure und Bürgermeister etc. gewählt werden, sind keine politischen

Tabelle 3: Stimmen der Kandidaten und Kandidatinnen der Organisationen der indigenen Gemeinschaften in Senat und Repräsentantenhaus (RH) 1991-1998

Kandidaten	1991		1994		1998	
	Senat	RH	Senat	RH	Senat	RH
Gabriel Muyuy	M 30.020 (ONIC)	--	M 14.245 (MIC)	--	17.381 (MIC)	--
Marcelino Sosa (MIC)	--	--	--	--	--	291
Gabriel Bomba Piamba (MIC)	--	--	--	--	--	3.207
Simón Valencia López (MIC)	--	--	--	--	--	780
Juvencio Fidel Gallardo Corpus (Quintín Lame)	--	539	--	--	--	--
Francisco Rojas Birry (ASI)	--	--	20.453	--	M 29.236	--
Jesús Enrique Piñacué	--	7.873 (Quintín Lame)	16.173 (ASI)	--	M 66.287 (ASI)	--
Anatolio Quirá (ASI)	M 26.493	--	--	9.571	--	12.633
Leonardo Caicedo Portura (ASI)	--	--	--	--	--	M 1.420
Jhony Aparicio Ramírez (ASI)	--	--	--	--	--	M 1.683
Hernando Sánchez Bonilla (ASI)	--	--	--	705	--	570
Felix Gómez González (ASI)	--	--	--	467	--	--
Lorenzo Muelas (AICO)	--	--	M 28.366	--	--	--
Floro Alberto Tunubalá (AICO)	M 30.312	--	12.413	--	--	--
Martín Efraín Tenganá (AICO)	--	--	--	--	M 18.224	--
José Narisco Jamioy (AICO)	--	M 5.458	--	--	--	--
José Fernando Cuaspad Quaical (AICO)	--	3.478	--	--	--	--
Luis Hernando Ramos Campo (AICO)	--	2.167	--	--	--	--
Antonio José Bailarín (AICO)	--	--	--	--	--	5.735
Cristóbal Cuastumal (AICO)	--	--	--	--	--	4.682
Julio Roberto Galvis Bulla (AICO)	--	--	--	--	--	9.960
Remedios Fajardo	19.908 (PLC)	--	7.222 (PLC)	--	2.643 (MC)	--
Bonifacio Chicunque (PLC)	8.585	--	5.779	--	--	7.306

Fett markierte Stimmen wurden im Rahmen der Sonderbedingungen für die indigenen Gemeinschaften erzielt.
M = erhielt Mandat. Nicht gekennzeichnete Personen konnten keinen Sitz erzielen.
Quelle: FNEC, Zusammenstellung durch die Autorin.

Führer, sondern Sprecher ihrer Gemeinschaften." Einer der Sprecher der ASI, Alfonso Vázquez, betonte in einem Interview am 9.4.1999, dass der Senator Jesús Piñacué ein Produkt des politischen Organisationsprozesses der ASI sei, er sich ihr gegenüber aber nicht verpflichtet fühle, das Programm der Partei einzuhalten. 1994 beschwerten sich die Gründungsmitglieder von AICO gegenüber dem Nationalen Wahlrat, dass Floro Alberto Tunubalá und José Narisco Jamioy nicht die Interessen ihrer Gemeinschaften vertreten würden. Vgl.: Carta de los cabildos indígenas del sur de Nariño al CNE, 5.2.1994 und Helfrich-Bernal 1999: 385.

Die Organisationen der AfrokolumbianerInnen waren insgesamt wenig bekannt und wurden nur zu einem geringen Teil von der schwarzen Bevölkerung gewählt. Das Verfassungsgericht erklärte 1998 den Teil des Gesetzes Nr. 70, der das Recht auf politische Sonderrechte zugesteht, aufgrund eines Formfehlers für verfassungswidrig. Die 1994 erfolgreichen Mitglieder dieser Organisationen, Zulia Mena und Agustín Valencia, konnten unter normalen Wahlbedingungen 1998 keinen Sitz mehr im Kongress erzielen. Die Senatorin Piedad Córdoba brachte 1999 eine neue Gesetzesvorlage in den Kongress ein, die mittlerweile angenommen wurde. Dies wird bei den Kongresswahlen im Jahr 2002 erneut Sonderbedingungen für die afrokolumbianischen Gemeinschaften ermöglichen.

Tabelle 4: Beteiligung afrokolumbianischer Kandidatinnen und Kandidaten an den Kongresswahlen 1998 im Vergleich zu ihrer Beteiligung 1994

Kandidaten	Partei 1994	Partei 1998	Stimmen 1994	Stimmen 1998	Differenz
Zulia Mena	Comunidades Negras (<i>circunscripción especial</i>)	Movimiento Político Mujeres 2.000	39.109 *(RH)	19.791 (S)	-19.318
Agustín Valencia	Comunidades Negras (<i>circunscripción especial</i>)	Movimiento Nacional de las Comunidades Negras - Palenque Afrocolombiano	13.935 *(RH)	13.797 (S)	-138
Amir Smith Córdoba	Partido Liberal	Movimiento 19 de Abril/ Movimiento Líder Antorcha Democrática	2.174 (S)	1.515 (S)	-659
Jair Valencia Mina	Comunidades Negras (<i>circunscripción especial</i>)	Movimiento Convergencia Popular Cívica	5.244 (RH)	3.395 (S)	-1.849
Pedro Ramón Mogollón	--	Movimiento Nacional de las Comunidades Negras - Palenque Afrocolombiano	--	743 (RH)	
Mauricio Eduardo Campo	--	Movimiento Nacional de las Comunidades Negras - Palenque Afrocolombiano	--	687 (RH)	
Yilmar Tafur Ramírez	--	Movimiento Nacional de las Comunidades Negras - Palenque Afrocolombiano	--	5.972 (RH)	
Jesús María Lucumí Paz	Comunidades Negras (<i>circunscripción especial</i>)	Partido Popular Colombiano	5.737 (RH)	1.325 (S)	-4.412

RH=Repräsentantenhaus; S=Senat; * =gewählt. Quelle: RNEC, Zusammenstellung und Berechnung durch die Autorin.

Gerade bei historisch diskriminierten Gruppierungen müssen die Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, unter denen die genannten Organisationen an Wahlen teilnahmen: die Nichteinhaltung rechtsstaatlicher

Prinzipien, die Bedrohung, Entführung und Ermordung ihrer Anhänger, die geringen finanziellen Mittel, die den Parteien zur Verfügung standen und die Tatsache, dass es sich um neue politische Organisationserfahrungen handelt. Die Wahrnehmung ihrer Bürgerrechte wird dann erschwert, wenn sie sich keine Personalausweise leisten können und des Lesens und Schreibens nicht mächtig sind. Marginalisierte Personengruppen haben meist eine pragmatische Wahltradition. Diese hat in der Vergangenheit in erster Linie der eigenen Existenzsicherung oder zumindest damit verbundenen Hoffnungen gedient. In der schwarzen Bevölkerung ist das ethnische Bewusstsein nur gering ausgeprägt. Es wird zwar von ihren Organisationen eingefordert, viele Schwarze haben aber aufgrund ihrer historischen und sozialen Erfahrungen in einer mestizendominierten Gesellschaft keine Gruppenidentität konstruieren können. In einer Befragung des statistischen Bundesamtes *DANE* gaben nur 2,73 Prozent der Befragten an, einer Ethnie anzugehören (El Tiempo, 1.7.1994).

2.2 Die politischen Parteien der religiösen Gemeinschaften

Kolumbien ist traditionell ein katholisches Land mit einer engen Verbindung der Katholischen Kirche zur Konservativen Partei. Andere religiöse Glaubensrichtungen wurden vor allem während der Zeit des längsten kolumbianischen Bürgerkrieges (*La Violencia*), in den 40er und 50er Jahren des 20. Jahrhunderts, von der Katholischen Kirche und von staatlichen Akteuren bekämpft. Artikel 19 der Verfassung garantiert seit 1991 die Religionsfreiheit. Dies implizierte erstmals die offizielle Anerkennung religiöser Vielfalt. Neben der katholischen Organisation *Laicos por Colombia* von Carlos Eduardo Corssi repräsentieren die sogenannten „religiösen Minderheiten“ vor allem protestantische Gruppierungen von verschiedener Größe und Ausrichtung. Ihr Abschneiden bei den Senatswahlen 1991, 1994 und 1998, bei denen sie jeweils drei Senatssitze erzielten, war überraschend positiv. Im Repräsentantenhaus kamen die verschiedenen Parteien 1991 und 1994 auf einen, 1998 auf zwei Mandate (Helfrich-Bernal 1999: 402).

Bleibende Erfolge hatten seit 1991 die Bewegung *Compromiso Cívico Cristiano con la Comunidad C4* von Jimmy Chamorro, der 1998 zum zweiten Vizepräsidenten des Senats gewählt wurde. Die parlamentarische Arbeit von Viviane Morales (*Frente de Esperanza, FE*) zeichnete sich durch die Verabschiedung des Gesetzes Nr. 133 von 1996 aus. Es stellt die Religionsfreiheit auf eine gesetzliche Basis. Sie setzte sich außerdem im Kongress für die Rechte von Frauen ein, u.a. für ein Quotengesetz,

das nach mehreren Anläufen schließlich im Jahr 2000 vom Konress genehmigt wurde. Die Politikerin lehnt allerdings die Legalisierung der Abtreibung in jeder Form ab (Morales 1996: 85ff.).

Insgesamt ist der Einfluss der evangelischen Kirchen in Kolumbien nicht nur positiv zu bewerten. Sie sind für die Zerstörung kultureller Traditionen in ländlichen Regionen, vor allem auch in indigenen und schwarzen Gemeinschaften, verantwortlich. Der Gebrauch psychologischer Beeinflussungsstrategien und die Art und Weise wie Spenden eingetrieben werden stieß immer wieder auf Kritik.

Das politische Vorgehen der Kirchen ist allerdings äußerst versiert: Ihr Erfolgsrezept liegt im strategischen Gebrauch vorpolitischer Gruppenbeziehungen. Die Tätigkeit in der Altenhilfe, der Sozial- und Bildungsarbeit, ihr Einsatz bei der Rehabilitation von Alkoholikern, Drogenabhängigen, bei der Betreuung von Aidskranken und Flüchtlingen bringt ihnen Anerkennung in der Bevölkerung. Sie schaffen dadurch soziale Netzwerke, die den Kandidaten und Kandidatinnen der verschiedenen Kirchen bei Wahlen als Ausgangsbasis dienen. Auf diese Weise geben sie vor, das zivile und politische Leben sinnvoll miteinander zu verbinden. Die Politiker und Politikerinnen der „religiösen Minderheiten“ sehen sich außerdem aufgrund ihrer christlichen Moralvorstellungen in die Pflicht genommen, die Korruption im Kongress zu verurteilen (Semana, 16.3.1998; Bucana 1995: 5ff.; Cardona Grisales 1994: 10f. und Helfrich-Bernal 1999: 406ff.).

2.3 Die Regionalparteien

Aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Bewegungen und aufgrund des Zentrum-Peripherie-Konfliktes in einem Land, das den nationalen Integrationsprozess nicht vollständig abschließen konnte, entstanden nach der öffentlichen Bürgermeisterwahl 1988 und den Reformen der 90er Jahre auch eine Reihe von Regionalparteien. Ein bekanntes Beispiel dafür war der *Movimiento Actitud Renovadora (MAR)*. Er erwuchs aus einem zivilgesellschaftlichen Bündnis, dem *Movimiento Cívico por Pensilvania y por Caldas*. Die Kleinstadt Pensilvania sollte nach dem Willen der Partei als internationales Modell für eine effektive Verwaltung und Entwicklung gelten. Die Bewegung stellte, nachdem sie 1988 die langjährige Hegemonie der Konservativen Partei brach, alle folgenden Bürgermeister. Die Politik der Stadtverwaltung wurde durch ein Bürgerkomitee begleitet und kontrolliert. Die Gemeindeadministration führte regelmäßige Umfragen unter der Bevölkerung darüber durch, welchen Entwicklungsvorhaben Priorität eingeräumt werden sollte. Die jeweiligen Bürgermeister passten ihr Regierungsprogramm an die Ergebnisse der Umfragen an. Der

Haushalt der Gemeinde wurde gleichberechtigt, nach überwiegend inhaltlichen und nicht nach politischen Gesichtspunkten, auf die verschiedenen sozialen Gruppen verteilt. In den städtischen Ämtern war seither gut ausgebildetes Personal beschäftigt.

Auf einer Liste der „entwicklungsbedürftigen“ Gemeinden des Planungsministeriums rückte die Kommune so von Platz 533 im Jahr 1988 auf Platz 260 im Jahr 1997 auf. Sie unterhielt enge Beziehungen zur Weltbank und vertrat ein auf technischer Effizienz und auf Zusammenarbeit mit dem Unternehmensektor basierendes Entwicklungskonzept (Banco Mundial 1995: 5 und 17). Der sichtbare Kopf der Bewegung, Luis Alberto Hoyos, wurde 1991 ins Repräsentantenhaus und 1994 als jüngster Parlamentarier in den Senat gewählt. Eine nationale Verankerung des *MAR* schaffte er jedoch nicht (Helfrich-Bernal 1999: 417). 1998 war der Politiker nicht mehr erfolgreich, nach eigenen Aussagen aufgrund der Zerstörung eines Teils seiner Wahlstimmen durch die Guerillaorganisation *FARC*. Sie hat in den vergangenen Jahren immer wieder Angriffe gegen die Gemeinde lanciert. Schlagzeilen machte zuletzt die weitreichende Zerstörung des Weilers Arboleda.¹² Dies verdeutlicht zum einen die mangelnde Toleranz der Guerilla gegenüber sozialen und politischen Bewegungen, die zwar demokratisch legitimiert sind, aber nicht ihren ideologischen Vorstellungen entsprechen. Zum anderen belegt das Beispiel des *MAR* die Fragilität von Regionalbewegungen bei dem Versuch, durch eine nationale politische Verankerung die Absicherung regionaler Entwicklungsvorhaben voranzutreiben.

2.4 „Unabhängige“ Kandidaten

Die „unabhängigen“ Kandidaten und Kandidatinnen begründen ihren Erfolg auf der Politikmüdigkeit, den Korruptionsskandalen, dem Klientelismus und der zurückgegangenen Identifikation mit den traditionellen Parteien. In dieser Gruppe lassen sich verschiedene Phänomene unterscheiden:

- Politiker und Politikerinnen, die den traditionellen Parteien angehört hatten und nach den Reformen als eine Art Anpassungsstrategie an die neuen Normen als „Unabhängige“ kandidierten, um so politisch zu überleben. Viele von ihnen kehrten nach einer oder mehreren Wahlen wieder in den Schoß ihrer früheren Parteien zurück.
- Politiker und Politikerinnen, die keinerlei parteipolitische Erfahrungen hatten und sich bewusst gegen die traditionellen Parteien und die herkömmliche Politik absetzen wollten. Die meisten gründeten nach

¹² *Semana* Nr. 953, 2.8.2000, 36ff. und Vortrag von Oscar Iván Zuluaga (*MAR*), Foro Movimientos Regionales, 2.8.2000 FESCOL.

einer ersten erfolgreichen Wahl als Parteiunabhängige eine eigene politische Partei.

Wichtige Beispiele dafür sind die Präsidentschaftskandidatin von 1998, Noemí Sanín, mit ihrer im Anschluss an die Wahlen gegründeten Partei *Sí Colombia*. Saníns politische Heimat war ursprünglich die Konservative Partei. Sie präsentierte sich im Wahlkampf dennoch als von den traditionellen Parteien unabhängig. Damit kam sie als Gegenkandidatin zu den beiden Favoriten Horacio Serpa und Andrés Pastrana immerhin auf rund 27 Prozent der Stimmen.

Durch seine kritischen Diskurse im Parlament (beispielsweise im Hinblick auf den Einsatz von Pflanzengiften bei der Zerstörung der Koka-pflanzungen sowie auf die Technologie- bzw. Bildungspolitik) zeichnete sich der ebenfalls „unabhängige“ Politiker Rafael Ordúz aus. Er war bei den Parlamentswahlen 1998 als Kandidat des früheren (1994–1996) und derzeitigen (2000–2003) Bürgermeisters von Bogotá, Antanas Mockus, angetreten. Mockus verfügte vor seiner Amtsübernahme als Hochschul-lehrer und Direktor der *Universidad Nacional* über keine parteipolitische Einbindung. 1998 trat er nach einer erfolgreichen Amtszeit, die sich vor allem durch eine ethische Amtsführung und Programme zur Verbesserung des städtischen Zusammenlebens auszeichnete, vorzeitig von seinem Amt zurück und als Vizepräsidentschaftskandidat von Noemí Sanín an. Im Herbst 2000 kandidierte er nach einem gescheiterten Versuch, eine eigene Partei zu gründen, im Rahmen einer Koalition wiederum erfolgreich für das Amt des Bürgermeisters der Hauptstadt.¹³ Den Einzug in Bürgermeister-ämter schafften nach den Reformen neben Antanas Mockus in Bogotá auch Guillermo Paniza in Cartagena, Luis Alfonso León in Montería, Pauselino Carmargo in Cúcuta, Gustavo Suárez in Sogamoso, Nicolás Gómez in La Dorada und Teódulo Quiñones (1992) sowie Newton Valencia (1997) in Tumaco.¹⁴

Politische Kommentatoren bezeichnen auch den zweimaligen Bürgermeister der Küstenstadt Barranquilla, Bernardo Hoyos (1992–1994 und 1997–2000), als unabhängigen Kandidaten. Der ehemalige Priester war allerdings zunächst für die *Alianza Democrática M-19* angetreten. Er gründete im Anschluss an die Bürgermeisterwahl den *Movimiento Ciudadano*. In seiner Amtszeit hat Hoyos, der in einem Armenviertel im Süden Barranquillas lebt, die Atlantikstadt spürbar reformiert. Der als

¹³ Der *Partido Visionarios* wurde nicht anerkannt, da nach Ansicht der Wahlbehörde (RNEC) ein Teil der von Antanas Mockus vorgelegten Unterschriften nicht den formalen Anforderungen für die Gründung von Parteien entsprach. Die Anhänger von Antanas Mockus interpretierten dies als den Versuch der RNEC ihn von der Wahl auszugrenzen. Gespräch mit Mauricio Vargas (Zeitschrift Cambio) und Antanas Mockus am 4.8.2000.

¹⁴ Vgl. zu Tumaco: Helfrich-Bernal 2000c.

populistisch und vulgär geltende Politiker, der jeden Sonntag im sogenannten *Rincón Latino* eine Mischung aus Predigt und politischer Ansprache hält, hat das Bürgermeisteramt für die Belange der armen Bevölkerungsmehrheit geöffnet. In täglichen Sprechstunden hörte er seine Wähler und Wählerinnen an. Er war vor allem bei der marginalen Bevölkerung der Stadtteile *Revoló*, *Barrio Abajo*, *La Chinita* beliebt, aus denen ein Großteil seiner Anhänger stammte.

1994 gewann der von ihm als Nachfolger aufgestellte Arzt Edgar George überlegen die Kommunalwahlen. Nach Ansicht von Sáenz/Rodríguez (1998/99: 156ff.) haben beide Administrationen allerdings keine substantiellen Fortschritte auf dem Weg der lokalen Demokratisierung erzielt. Die Autoren werfen Hoyos vielmehr einen charismatischen und autoritären Politikstil vor. Er sei nicht in der Lage gewesen, die verschiedenen sozialen Sektoren der Stadt in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Probleme ergaben sich in Barranquilla auch dadurch, dass sich der Stadtrat überwiegend aus Politikern der traditionellen Parteien zusammensetzte. Dieses Phänomen gefährdet in vielen Gemeinden die Durchführung administrativer Vorhaben. Sáenz/Rodríguez geben zu bedenken, dass Hoyos klientelistische Politikgewohnheiten im Umgang mit dem Gemeindeparlament pflegte, um seine Projekte voranzutreiben. Seine Anhänger schienen diesem Verhalten zunächst allerdings nur wenig Bedeutung beizumessen. Schließlich wurde der Priester 1997 als einer der wenigen kolumbianischen Bürgermeister wiedergewählt – und das gegen den mächtigen konservativen Gegenkandidaten Humberto Caiaffa.¹⁵ Bei der Wahl 1997 ging Hoyos nun seinerseits Koalitionen mit dem liberalen Kaziken José Name Terán ein, den der Ex-Priester bei seiner ersten Wahl noch bekämpft hatte.¹⁶

Durch sein pragmatisches Verhalten und seine bürgernahe Politik hat Hoyos sich eine Hausmacht aufgebaut. Bei den Bürgermeisterwahlen im Oktober 2000 unterstützte er für den *Movimiento Ciudadano* seinen Finanzsekretär Guillermo Hoenigsberg im Wahlkampf. Durch die Verfassung von 1991 waren solche Hilfestellungen durch Amtsträger verboten worden. Doch diese in die politische Kultur eingeschriebene informelle Institution ist durch Gesetze nicht zu unterbinden. Trotz der Wahlkampfhilfe unterlag Hoenigsberg allerdings Humberto Caiaffa. In

¹⁵ Humberto Caiaffa unterstützten einflussreiche Politiker der Küstenregion wie Fuad Char, Eugenio Días, Gustavo Bell, Efraín Cepeda, Jaime Vargas und Arturo Sarabia.

¹⁶ Außerdem unterstützten den Priester noch Martín Leyes, Juan Slebi und Ricardo Rosales. Vgl.: Bolívar 1997: 6f.; Miranda Hamburger 1998: 78; Cromos Nr. 4.160, 20.10.1997: 46ff. und Semana Nr. 807, 20.–27.10.1997: 49.

der zweiten Amtszeit von Bernardo Hoyos waren immer wieder Korruptionsvorwürfe laut geworden (El Tiempo, 31.10.2000).

Ausführliche Evaluierungen der administrativen und politischen Erfolge der „unabhängigen“ Politiker liegen bisher nicht vor. Zusammenfassend lässt sich allerdings feststellen, dass sie ihre politische oder soziale Sozialisation in zivilgesellschaftlichen Bewegungen, in der Kirche oder im Bildungs- bzw. Kultursektor erlebten. Fast alle bekannten „unabhängigen“ Politiker sind männlichen Geschlechtes. Sie verfügten vor ihrer ersten Amtszeit nur über wenig Erfahrungen im Umgang mit staatlichen Institutionen und machten deshalb eine Menge Anfängerfehler. Sie brachten andererseits aber auch frischen Wind in die verstaubten Verwaltungsstrukturen, etablierten zum Teil einen neuen Politikstil.

Aus den zitierten Beispielen lässt sich allerdings auch schließen, dass es eine strikte politische Trennung zwischen den Repräsentanten der traditionellen Parteien und den „unabhängigen“ Kandidaten nicht gibt. Beide Seiten haben sich immer mehr einander angenähert und gehen aus wahltaktischen Gründen Koalitionen ein. Innerhalb des *PLC* und des *PC* führte die Zusammenarbeit mit „unabhängigen“ Kandidaten zu internen Diskussionen. Teilweise übernahmen Liberale und Konservative deren politische Strategie. Es war deshalb nicht immer leicht zu erkennen, wann es sich um tatsächlich „unabhängige“ Kandidaten und Kandidatinnen handelte (Actualidad Colombiana, 28.10.–12.11.1997: 3). Umgekehrt schädete die Übernahme traditioneller Politikgewohnheiten und die Zusammenarbeit mit dem *PLC* bzw. *PC* parteilosen Politikern und Politikerinnen, da sie dadurch an Glaubwürdigkeit verloren. Der Aktionsradius der „Unabhängigen“ blieb auch dann begrenzt, wenn sie in den Parlamenten isoliert wurden. Gelangten sie ohne parteipolitische Basis an die Macht und griffen nicht auf klientelistische Verhandlungsmechanismen zur Mehrheitsbeschaffung zurück, konnten sie ihre politischen Vorstellungen meist nur in geringem Maße durchsetzen. Außerdem waren auch diese neuen Politiker nicht immun gegenüber Korruptionsdelikten. Zwar gab es Vorzeigebispiele wie Antanas Mockus in Bogotá, der zur Sanierung des metropolitanen Haushaltes beitrug. Aber es lassen sich auch negative Erfahrungen nennen. Dem ersten unabhängigen Bürgermeister Tumacos, Teódulo Overman, wurden ähnliche Korruptionsdelikte vorgeworfen wie seinen ernannten Vorgängern (Helfrich-Bernal 2000c).

Eine Aufarbeitung der Erfahrungen der „unabhängigen“ Kandidatinnen und Kandidaten und die daraus zu ziehenden politischen Konsequenzen hat sich die 1999 neu gegründete politische Bewegung *Alianza Política Colectiva (APC)* auf ihre Fahnen geschrieben. *APC* ist eine Sammelbewegung verschiedener Mitglieder des Kongresses, ehemaliger Politiker und Politikerinnen sowie sozial oder politisch engagierter Einzelpersonen,

die sich vor allem vom Klientelismus der traditionellen Parteien absetzen wollen. Die Mitglieder vom APC haben erkannt, dass sie als kleine politische Gruppierung ihre Ziele in den staatlichen Institutionen nur begrenzt durchsetzen können.¹⁷

3. Extremismus und Polarisierung

Die Einordnung der kolumbianischen Parteien in ein Rechts-Links-Schema war schon immer problematisch. In Kolumbien werden auf der linken Seite des politischen Spektrums der *Partido Comunista de Colombia (PCC)* und die aus ihm hervorgegangene *Unión Patriótica (UP)*, der *Movimiento Obrero – Independiente y Revolucionario (MOIR)*, die *Corriente de Renovación Socialista (CRS)* und einige der Ende der 90er Jahre im Entstehen begriffenen neuen Parteien, auf die ich weiter unten im Text eingehen möchte, angesiedelt. Doch ein Teil dieser Organisationen steht Fraktionen der traditionellen Parteien nahe, was ihre ideologische Zuordnung wiederum fragwürdig erscheinen lässt.

Die politische Rechte lässt sich noch sehr viel schwieriger bestimmen. Ein Sektor des Militärs, der sich in den 90er Jahren an Wahlen beteiligte, ist ohne große Probleme am rechten Ende des ideologischen Kontinuums anzusiedeln. In der Literatur wird auch der *Movimiento de Salvación Nacional (MSN)* der Brüder Enrique und Alvaro Gómez ideologisch rechts verortet, da sie die Söhne des extremistischen Ex-Präsidenten Laureano Gómez sind. Der *MSN* sieht sich selbst allerdings als eine Mehrparteien-sammelbewegung, die sich für die „Moralisierung“ des politischen Systems, gegen Korruption und Klientelismus einsetzt. Die Organisation wurde durch das von einem Sektor des Militärs 1999 an Alvaro Gómez ausgeübte Attentat mit tödlichem Ausgang stark geschwächt.

Innerhalb der traditionellen Parteien müsste man jeden Politiker auf seine ideologischen Positionen hin befragen. Eine im November 1995 durchgeführte Studie der Universität Salamanca zur Selbsteinschätzung kolumbianischer Parlamentarier siedelte sie auf einer Skala zwischen eins und zehn bei 5,4 – also leicht rechts von der Mitte an. Interessant ist dabei vor allem, dass die befragten Politiker der Konservativen Partei sich selbst wesentlich weiter der politischen Mitte zuordnen als sie ihre eigene Partei einschätzen.

¹⁷ APC gehören beispielsweise an: Antonio Navarro, Gustavo Petro, Rafael Ordúz, Antanas Mockus, Carlos Franco, Carlos Vicente de Roux, Gloria Cuartas, Hernando Gómez Buendía, Parmenio Cuellar und Sergio Cabrera. Ein Teil der ursprünglich daran beteiligten Politiker und Politikerinnen hat sich bereits wieder von APC getrennt. Dazu zählen Maria Isabel Rueda und Jesús Piñacué. Vgl.: APC, Materiales de Trabajo und APC noticias, Nr. 2, Nov. 1999.

Tabelle 5: Ideologische Selbsteinschätzung und Einschätzung ihrer Parteien durch kolumbianische und iberamerikanische Parlamentarier und Parlamentarierinnen

	Kolumbien		Iberoamerika
Selbsteinschätzung (Mittelwert)	5,4		5,0
	PLC	PC	
Parteieneinschätzung (Mittelwert)	5,5	7,3	

N-Kolumbien: 62 N-Iberoamerika: 899.
 Antworten auf die Frage: „Wenn Sie sich einmal eine ideologische Skala vorstellen, auf der 1 den linken und 10 den rechten Rand einnimmt, wo würden Sie sich selbst einordnen bzw. wo würden Sie Ihre Partei einordnen?“ („Utilizando una escala ideológica donde 1 sea izquierda y 10 derecha, dónde se situaría usted?“ / dónde ubicaría su propio partido político?“)
 Quelle: Equipo de investigación sobre élites parlamentarias 1998: 42.

Politiker, die dem *PLC* und dem *PC* nicht angehören, schätzen die beiden traditionellen Parteien weiter rechts ein als dies ihre Anhänger tun. Vor allem die Konservative Partei wird von anderen mit 8,4 als sehr weit rechts verortet. Die übrigen Parteien (in der vierten Spalte der folgenden Tabelle 6 unter der Kategorie „andere Parteien“ zusammengefasst) stufen die Parlamentarier mit 4,7 leicht links von der Mitte ein.

Tabelle 6: Ideologische Fremdeinschätzung anderer politischer Parteien durch kolumbianische Parlamentarier und Parlamentarierinnen

	Fremdeinschätzung des PLC	Fremdeinschätzung des PC	Fremdeinschätzung anderer Parteien
Skalenmittelwert	6,4	8,4	4,7
N*	21	46	55

* Bei N handelt es sich um absolute Zahlen.
 Antworten auf die Frage: „Wenn Sie sich einmal eine ideologische Skala vorstellen, auf der 1 den linken und 10 den rechten Rand einnimmt, und Ihre eigene Partei unberücksichtigt lassen, wo würden Sie die übrigen politischen Parteien einordnen?“ („Utilizando una escala ideológica donde 1 sea izquierda y 10 derecha, y excluyendo a su propio partido, dónde situaría usted a los otros partidos políticos?“)
 Quelle: Equipo de investigación sobre élites parlamentarias 1998: 45.

Von Beyme (1997: 35) schlägt vor, bei der ideologischen Einordnung der Parteien auch ihre Beziehungen zur Drogenmafia, zu Todesschwadronen, Militärapparat und Guerilla zu berücksichtigen. Ein Teil der Linksparteien ging aus der Guerilla hervor und pflegt auch heute noch offene und verdeckte Beziehungen zu den aktiven Organisationen *ELN* und *FARC*. Einer Vielzahl von Politikern der traditionellen Parteien werden Verbindungen zur Drogenmafia und zu den paramilitärischen Gruppen unterstellt.¹⁸ Dies konnte in Einzelfällen auch nachgewiesen werden, beispielsweise im Zusammenhang mit dem „Prozess 8.000“, mit den Ermitt-

¹⁸ Im Juli 1999 ließ die Guerillaorganisation *FARC* beispielsweise eine angeblich von den Paramilitärs

lungen um die Ermordung des liberalen Präsidentschaftskandidaten Luis Carlos Galán und mit dem Massaker an der Zivilbevölkerung in Segovia 1988 (El Espectador, 23.12.1998; El Tiempo, 24.12.1998). In den meisten Konfliktregionen, in denen die Guerilla und/oder der paramilitärische Gruppen agieren, ist es außerdem üblich, dass sie nur eine Kandidatur derjenigen Politikerinnen und Politiker tolerieren, die ihre Positionen teilen. Diese können den verschiedensten Parteien angehören.

3.1 Das „linke“ politische Spektrum

3.1.1 Die Kommunistische Partei und die Unión Patriótica

Die bereits in den 30er Jahren gegründete Kommunistische Partei (*Partido Comunista de Colombia, PCC*)¹⁹ verlor aufgrund ihres schlechten Abschneidens bei den Kongresswahlen 1998 ihren offiziellen Status als Partei. Ein Sektor des PCC steht der Guerillabewegung FARC bzw. ihrer neu gegründeten, im Untergrund agierenden Partei, dem *Movimiento Bolivariano*, nahe. Unter der Regierung Belisario Betancur hatten die Kommunisten im Rahmen der Friedensverhandlungen mit den FARC die *Unión Patriótica (UP)* gegründet. Sie wollten die UP zu einer Sammelbewegung der Linken und dritten Kraft neben den traditionellen Parteien aufbauen.²⁰ Die Partei war nach ihrer Gründung 1985 vor allem auf kommunaler Ebene, bei Bürgermeister- und Stadtratswahlen, erfolgreich. Bei den Wahlen 1986 ging sie eine Reihe von Koalitionen mit regionalen Bewegungen ein und entsandte fünf Senatoren und neun Repräsentanten in den Kongress sowie 14 Abgeordnete (inklusive der Stellvertreter, *suplentes*) in die Regionalparlamente. Außerdem gewann sie 350 Mandate in Stadt- und Gemeinderäten (Arizola 1989: 162ff.). Ihr im Oktober 1987 ermordeter Präsidentschaftskandidat Jaime Pardo Leal hatte bei den Wahlen 1986 fast 330.000 Stimmen erzielt und damit die Ergebnisse früherer Kandidaten der Kommunistischen Partei vervierfacht. Pardo Leals Nachfolger Bernardo Jaramillo fiel im März 1990 ebenfalls einem Attentat zu Opfer (Buenaventura 1987: 94ff.; Americas Watch 1989: 59ff.).

zusammengestellte Liste zirkulieren. Auf ihr waren Personen der demokratischen Linken und Rechten aufgeführt, die den Friedensprozess unterstützten. Eine solche Liste bringt die darin Genannten unter Umständen in Lebensgefahr. Die paramilitärische Gruppe identifizierte als ihren politischen Mentor den Liberalen Germán Vargas Lleras. (Kopie des „geheimen“ Dokumentes und Interview mit Miguel Eduardo Cárdenas, 2.8.2000).

¹⁹ Vgl. zu ihrer Geschichte: Jaramillo/Franco 1993: 478f.; Medina 1989: 149ff.; Coggins/Lewis 1992: 93. Siehe auch: Aguirrázabal 1976: 7ff. sowie Buenaventura 1977 und 1979.

²⁰ Der UP schlossen sich – neben zahlreichen sozialen Bewegungen – der *Movimiento de Autodefensa Obrera (ADO)* an. Vgl. auch zu ihren Beziehungen zur Kommunistischen Partei: Arizola 1989: 160ff. und: Plataforma de la Unión Patriótica und Documentos del VII Pleno Nacional 1988: 23ff. sowie Buenaventura 1985 und 1987.

Die *UP* wurde beschuldigt, lediglich der politische Arm der Guerillabewegung *FARC* zu sein. Ihre Feinde nahmen dies zum Anlass, die Partei systematisch auszurotten.²¹ Vor allem aufgrund dieser seit ihrer Gründung anhaltenden Gewaltwelle war ihre Präsenz im Kongress 1991 bereits auf vier Politiker geschrumpft. 1994 gelang schließlich nur noch Manuel Cepeda als einzigem nationalen Repräsentanten der Partei mit 51.032 Stimmen der Einzug in den Senat. Doch ein paar Monate später wurde er von Todesschwadronen erschossen. Damit teilte er das Schicksal von rund 3.000 Aktivisten der *UP*.

Tabelle 7: Stimmen und Sitzverteilung der *Unión Patriótica/Partido Comunista* bei den Kongresswahlen 1990-1998

Institution	Jahr	Stimmen	Sitze
Repräsentantenhaus	1990	26.682	1
Senat	1990	35.274	---
Repräsentantenhaus	1991	94.393	3
Senat	1991	69.339	1
Repräsentantenhaus	1994	39.891	---
Senat	1994	51.032	1
Repräsentantenhaus	1998	*24.668	---
Senat	1998	**23.613	---

**UP* und *PCC*

**Nur *PCC*

Quelle: RNEC, Zusammenstellung und Berechnung durch die Autorin.

1998 war die Kommunistische Partei wieder unter ihrem eigenen Namen mit Edgar Ortiz (23.613 Stimmen) angetreten, der allerdings erfolglos blieb. Im Namen der *UP* kandidierte Wilson Borja für das Repräsentantenhaus in Bogotá. Auch er schaffte mit 10.487 Stimmen den Einzug in die zweite Kammer nicht. *PCC* und *UP* verloren so ihre Repräsentation auf der nationalen politischen Ebene.²²

²¹ Vgl. dazu die Erklärungen der *Dirección Nacional* vom 20. Februar 1989 in: Arizola 1989: 163 und: Interview mit Flabio Bedoya, 13.10.1994 sowie mit Bernardo Jaramillo, 1.2.1991.

²² Vgl. zu den Zahlen: RNEC 1998.

3.1.2 Die ehemaligen Guerillaorganisationen

Die Integration neuer politischer Kräfte und ehemaliger Guerillaorganisationen ins politische System sollte dazu beitragen, Konflikte innerhalb der Institutionen, durch legalen Wettbewerb bei Wahlen, auszutragen. Ein weiteres Ziel war die Reduzierung des Gewaltpotenzials. Doch nur einige der bewaffneten Organisationen (*Movimiento 19 de Abril/M-19*, *Ejército Popular de Liberación*, *Partido Revolucionario de los Trabajadores*, und *Quintín Lame*) legten tatsächlich ihre Waffen nieder und gründeten Parteien. Außerdem erschwerten die politischen und rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen eine effektive Beteiligung der Ex-Guerilleros am politischen Prozess. Hinzu kamen interne Probleme der neuen Parteien und die veränderten internationalen Rahmenbedingungen für die sozialistische Linke nach dem Ende des Kalten Krieges.

Die wohl zumindest zwischenzeitlich erfolgreichste Organisation war die 1990 gegründete *Alianza Democrática M-19 (AD/M-19)*.²³ Die durch die Reformen geschaffenen neuen Rahmenbedingungen sollten es nach vielen gescheiterten Versuchen²⁴ ermöglichen, dass sich eine dritte politische Kraft im Parteiensystem herausbildet. Nachdem der bekannte Präsidentschaftskandidat Carlos Pizarro durch Todesschwadronen erschossen worden war, erzielte sein Nachfolger Antonio Navarro als Präsidentschaftskandidat 1990 mit 13 Prozent der Stimmen einen Achtungserfolg. Bei den Urnengängen zur Verfassungsgebenden Versammlung hatte die *AD/M-19* rund 27 Prozent der Stimmen und 19 Sitze auf sich vereinigt. Die Verfassung von 1991 war auch ein Ergebnis des Friedensprozesses mit dieser Organisation. Sie stammte zu einem erheblichen Teil aus der Feder der Delegierten der *AD/M-19*. Die Verfassungsgebende Versammlung hatte den Kongress aufgelöst. In das 1991 neu gewählte Parlament entsandte die Bewegung 13 Abgeordnete und stellte neun Senatoren. Doch in der Legislaturperiode 1994-1998 wurde sie lediglich von einer Repräsentantin

²³ Die *AD/M-19* war aus der ehemaligen Guerillaorganisation *M-19*, dem *Frente Democrático*, dem *Frente Popular*, Überläufern der *Unión Patriótica*, von Teilen der Sozialdemokratischen und Christdemokratischen Partei sowie aus *Colombia Unida*, *Socialismo Democrático* und *Inconformes* entstanden. Der *AD/M-19* schlossen sich auch die Partei *Esperanza, Paz y Libertad* an, die von der demobilisierten Guerillagruppe *Ejército Popular de Liberación (EPL)* gegründet worden war, sowie die Ex-Guerillaorganisation *Partido Revolucionario de Trabajadores*. Zu Entstehung und Geschichte der Guerillaorganisation *M-19* vgl.: Pizarro Leongómez 1992: 182ff.; zur Zusammensetzung der *AD/M-19*: Jaramillo/Franco 1993: 479 und Losada 1990: 10ff.

²⁴ Dazu zählen die von Gaitán gegründete *UNIR*, die verschiedenen Versuche von Antonio García, Gerado Molina, Diego Montaña Cuéllar und Luis Carlos Pérez, eine dritte Partei zu gründen, die harte Linie des *MRL*, der Post-Gaitanismus von Luis Emiro Valencia und Gloria Gaitán, der *Frente Unido* von Camilo Torres, Teile der *ANAPO*, die Bewegung *FIRMES*, der *Socialismo Democrático*, *Colombia Unida* und verschiedene Regionalbewegungen. Vgl.: FUNDEPOP 1999: 2.

vertreten. Was war geschehen? Während sich die Organisation 1991 auf einer gemeinsamen Liste präsentiert hatte, zogen es ihre AnhängerInnen 1994 vor, sich auf 24 Listen für das Abgeordnetenhaus und 12 für den Senat zu verteilen. Sie folgten den Wahlstrategien der Liberalen Partei und scheiterten u.a. am Wahlsystem (Helfrich-Bernal 1995: 105ff.).

Nach den Wahlen 1998 war die Partei schließlich ganz aus dem Kongress verschwunden. Die ehemaligen Mitglieder der *Alianza Democrática M-19* hatten entweder neue Parteien gegründet, sich anderen angeschlossen oder sie kandidierten als „Unabhängige“.²⁵ Der Ex-Parteivorsitzende Antonio Navarro beispielsweise war bei seiner Wahl 1994 zum Bürgermeister der Kleinstadt Pasto nicht mehr im Namen der *Alianza Democrática M-19* sondern für eine Koalition verschiedener Parteien angetreten. Ihren Vorsitz hatte er bereits 1993 niedergelegt. 1998 kandidierte er im Unterschied zu früher bei den Präsidentschaftswahlen nicht selbst. Er verstand sich als Teil der sogenannten *tercería* gegen die traditionellen Parteien, einer Parteienkoalition unter Führung von Noemí Sanín. Navarro und sein Listennachfolger Gustavo Petro gewannen bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus 1998 für Bogotá jeweils ein Mandat. Im Anschluss daran ließen sie den von ihnen gegründeten *Movimiento Vía Alternativa (MVA)* offiziell als Partei registrieren, bauten aber kaum Parteistrukturen auf. Der *MVA* dient lediglich als Übergangsoption zur Etablierung einer neuen Mitte-Links-Koalition mit anderen Bewegungen. In dem Zusammenschluss nicht-traditioneller Politiker und Politikerinnen in der *Alianza Política Colectiva (APC)* Ende 1998 sehen Antonio Navarro und Gustavo Petro einen wichtigen Schritt zur Bildung einer solchen „antiklientelistischen Front“. Aus ihrer Perspektive sind auch die Erfahrungen mit der *Alianza Democrática* Teil eines größeren Projektes zur Umgestaltung des politischen Systems. Wichtig erscheint ihnen nicht der jeweilige Name der Organisation, sondern die Tatsache, dass sich immer mehr Bürgerinnen und Bürgern für eine Alternative zu den traditionellen Parteien einsetzen (Interview mit Gustavo Petro, 11.8.2000 und Antonio Navarro, 4.9.2000). Verschleißerscheinungen und Glaubwürdigkeitsverluste, die durch die ständige Neuorganisation der verschiedenen Gruppen entstehen, lassen sie dabei unberücksichtigt.

Die Partei *Esperanza Paz y Libertad* erzielte nach ihrer enttäuschenden Beteiligung an der *AD/M-19* bei den Lokalwahlen 1997 in den Städten Apartadó, Carepa und Turbo in der Region Urabá Erfolge – allerdings aufgrund zweifelhafter Konstellationen.²⁶ Die Kandidaten des *Partido*

²⁵ Vgl. zu einer ausführlicheren Analyse des Scheiterns der *AD M-19*: Alvarez/Llano 1994: 63ff. und Helfrich-Bernal 2000: 20.

²⁶ Vgl.: Pizarro Leongómez 1998: 98. Angeblich handelte es sich dabei um eine Strategie zur Ausgrenzung der *FARC* und der *UP* in der Region, die von politisch rechts orientierten Kräften und paramilitärischen Gruppen unterstützt wurde. Interview mit Miguel Eduardo Cárdenas, 1.11.1997.

Revolucionario de los Trabajadores, die bei den Lokalwahlen 1997 im *departamento* Sucre antreten wollten, wurden ermordet. Im *departamento* Bolívar übten Todesschwadronen Attentate auf sie aus. Die Gruppierung *Quintín Lame* nahm aufgrund ihrer ethnischen Herkunft eine Sonderstellung ein, denn die politische Repräsentation der indigenen Gemeinschaften wurde durch *positive-action*-Maßnahmen garantiert.

Bereits während der Friedensgespräche der Regierung Gaviria mit der *Corriente de Renovación Socialista (CRS)*²⁷ wurden am 22. September 1993 die für diesen Prozess anerkannten Sprecher Enrique Buendía und Ricardo González offenbar vom Militär erschossen. Der *CRS* sprach die Regierung 1994 im Rahmen der Friedensverhandlungen zwei Sitze im Repräsentantenhaus²⁸ und einen im Senat²⁹ zu (Gaitán et al. 1995: 122). Die Gruppierung musste aber wegen der Bedrohung ihrer Kandidaten und Kandidatinnen bei den Regionalwahlen 1997 ihre Parteilisten in den *departamentos* Córdoba, Sucre, Caquetá und Antioquia zurückziehen. 1998 erhielt die politische Leitfigur der *CRS*, León Valencia, bei den Kongresswahlen 13.254 Stimmen, die allerdings für ein Mandat nicht ausreichten. Nach der Wahl musste er wegen Todesdrohungen ins holländische Exil gehen,³⁰ kehrte aber für die Vorbereitung der Lokal- und Regionalwahlen des Jahres 2000 wieder nach Kolumbien zurück. Die *CRS* ging im August 2000 schließlich in dem neu gegründeten *Partido del Socialismo Democrático (PSD)* auf, der wiederum Teil der *Frente Social y Político (FSP)* ist.³¹ Die *CRS* und damit auch ein Teil des *PSD* wird vom Rest der kolumbianischen "Linken" aufgrund ihrer Kooperationsbereitschaft mit der Liberalen Partei kritisiert. Bereits bei den Präsidentschaftswahlen 1998 schloss sie einen politischen Pakt mit dem liberalen Kandidaten Horacio Serpa. Er stand Ernesto Samper nahe, dem 1994 die Finanzierung seines Wahlkampfes durch die Drogenmafia vorgeworfen worden war. Bei den Wahlen zum Bürgermeisteramt des Jahres 2000 in Bogotá unterstützte die *CRS* María Emma Mejía, ehemalige Vizepräsidentschaftskandidatin Horacio Serpas.

Nach Angaben der *RNEC* erzielten die Ex-Guerillaorganisationen insgesamt bei den Kommunal- und Regionalwahlen am 26. Oktober 1997 nur 207.721 Stimmen. Sie kamen dadurch auf fünf Sitze in den Regionalparlamenten, 55 in den Gemeinderäten und auf drei Bürgermeisterämter. Hinzuzurechnen wären Mandate, die sie in Koalition mit

²⁷ Die *CRS* ist eine Abspaltung des *ELN*, die 1994 nach Verhandlungen mit der Regierung Gaviria legalisiert wurde.

²⁸ Fernando Herández und Adolfo Bula.

²⁹ Gabriel Borja.

³⁰ Vgl.: *RNEC*, *El Tiempo*, 12.10.1993 und Interview mit León Valencia, 16.7.1998.

³¹ Siehe weiter unten im Text.

anderen Parteien gewannen.³² Im Zuge der Senatswahlen 1998 wurde von sieben aufgestellten Listen nur der Senator José Matyas Ortíz vom *PRT* gewählt. Bis auf diese Einzelpersonen spielen die ehemaligen Guerillaorganisationen heute auf der nationalen Ebene praktisch keine politische Rolle mehr.

3.1.3 Die Neuorganisation der kolumbianischen Linken am Rande des Friedensprozesses mit *ELN* und *FARC*

Nach den Präsidentschafts- und Kongresswahlen 1998 gab es eine Reihe von Bemühungen, neue Bewegungen zu gründen, bestehende Gruppen zu Bündnissen zusammenzuschließen und dadurch die demokratische Linke zu reformieren. Außerdem sollte die Position der neuen Organisationen gegenüber den beiden noch aktiven Guerillagruppen *ELN* und *FARC* definiert werden. Eine wichtige Initiative stellte das Treffen linker politischer Parteien, NROs und Gewerkschaften in Yumbo unter der Schirmherrschaft des ehemaligen Bürgermeisters (1997–2000) und früheren *M-19*-Mitgliedes Rosenberg Pabón dar.³³ Ansätze dazu entstanden ebenso in der Gewerkschaftsbewegung im Rahmen des Dachverbandes *Central Unitaria de Trabajadores (CUT)*, außerdem um Jesús Carlos Bula in der Stiftung *FUNDEPOP*, innerhalb des *Partido Socialdemócrata Colombiano (PSC)*, des *PCC* und der *CRS*.

3.1.3.1 Der *Frente Social y Político*

Auf einem Kongress der *CUT* wurde schließlich 1999 der *Frente Social y Político (FSP)* ins Leben gerufen. Am 12. April 2000 stellte der *FSP* in Bogotá seine programmatische Plattform vor.³⁴ Die sich als Sammelbewegung linker Gruppierungen verstehende Organisation versucht nach dem Vorbild des *Frente Amplio* in Uruguay, der 28 soziale und politische

³² Bei den Wahlen 1994 hatten die Guerillaorganisationen noch 40 Regionalparlamentarier, 236 Gemeinderäte und 20 Bürgermeister gestellt. Davon traten 186 zu Sonderbedingungen im Rahmen der *Circunscripción Especial de Paz* an (Concha Sanz ohne Jahr: 8).

³³ Vgl. dazu auch die Dokumentation: *Encuentro Ciudadano por la Democracia* 1999, o. J., 4f.

³⁴ Der *FSP* verteidigt den Friedensprozess, lehnt aber die Gewaltakte der Guerilla wie die Sprengung von Ölpipelines, nicht-selektive Entführungen (*pescas milagrosas*) und generell die Gewalt gegen die Bevölkerung ab. Er fordert soziale Gerechtigkeit und die Respektierung der kolumbianischen Souveränität. Der *FSP* ist ein entschiedener Gegner des *Plan Colombia* und der Wirtschaftspolitik der Regierung Pastrana. Die Gruppierung bevorzugt ein gemischtes Wirtschaftskonzept auf überwiegend marktwirtschaftlicher Basis, in dem der Staat seine Verantwortung in Bezug auf die soziale Sicherheit, die Souveränität und die Zurverfügungstellung von öffentlichen Dienstleistungen sowie einer sozialen Grundversorgung nicht vernachlässigt. Den Vorschlag eines Referendums zur Reform von Teilen des politischen Systems der Regierung Pastrana lehnt der *FSP* ab. Der Zusammenschluss bevorzugt dagegen umfassende Reformen durch eine Verfassungsgebende Versammlung, die sich aus Repräsentanten der ehemaligen Guerillaorganisationen und der Zivilgesellschaft zusammensetzen soll. Vgl. ausführlicher

Gruppierungen vereint, eine demokratische Alternative zur „bewaffneten Linken“ zu etablieren.³⁵ Später, nach einem Diskussions- und Einigungsprozess, soll es zur Bildung eines Wahlbündnisses oder einer neuen Partei kommen. Seine soziale Basis sieht der *FSP* bisher vor allem im Gewerkschafts- und Universitätssektor (Interview mit Luis Eduardo Garzón, 1.8.2000). Der Großteil der *Frente* sucht sich von den beiden Guerillabewegungen abzugrenzen. Der *FSP* leidet allerdings – wie die meisten politischen Zusammenschlüsse in Kolumbien – unter interner Zerstrittenheit. Gründe dafür sind die heterogene Zusammensetzung, eine unzureichende Kooperationskultur sowie mangelndes Vertrauen der Bündnispartner untereinander aufgrund negativer historischer Erfahrungen.³⁶

3.1.3.2 Der *Movimiento Bolivariano por la Nueva Colombia*

Die Guerillaorganisation *FARC* bereitete bereits seit Ende der 90er Jahre die Gründung des *Movimiento Bolivariano por la Nueva Colombia (MB)* vor, den sie am 29. April 2000 der kolumbianischen Öffentlichkeit präsentierte. Dabei handelt es sich um eine „geheime“ politische Organisation, die aufgrund der negativen Erfahrungen mit der *Unión Patriótica* zunächst nicht legalisiert werden soll.³⁷ Nach Meinung von

zur *FSP*: Actualidad Colombiana, Nr. 286, 26.4–10.5.2000: 2; *FSP*, Documento para el Debate Nr. 1, Mai 1999, Manifiesto *FSP* und Revista El Espectador Nr. 2, 30.7.2000: 8ff.

³⁵ Daran beteiligt sind die *Unión Patriótica*, die Kommunistischen Partei, die *Corriente de Renovación Socialista*, die wichtigsten in der Gewerkschaftszentrale *CUT* vereinigten Gewerkschaften, die *Red de Iniciativas Ciudadanas contra la Guerra y por la Paz*, die *Comisión de Conciliación Nacional*, die *Unidad Democrática*, *Presentes por el Socialismo*, der im August 2000 gegründete *Partido Socialista Democrático*, einige regionale und kommunale soziale Bewegungen sowie Personen aus dem Universitäts- und Unternehmensektor, Führungspersönlichkeiten aus dem Friedensprozess und ehemalige Militärangehörige. (Actualidad Colombiana Nr. 286, 26.4–10.5.2000: 1).

³⁶ Diskussion innerhalb des *FSP* löste beispielsweise eine gewagte Aussage Luis Eduardo Garzóns in einem Interview mit der Zeitschrift des El Espectador aus. Laut Garzón geht die Bevölkerung nicht davon aus, dass ihre Probleme durch einen strategischen, sozialistischen Diskurs gelöst werden. In den verschiedenen Regionen des Landes erwarteten die Bürger vielmehr konkrete, technische Lösungen ihrer Probleme. Andere Sektoren des Bündnisses beharren dagegen auf der sozialistischen Systemalternative (Revista de El Espectador Nr. 2, 30.7.2000: 11). Wieder ein anderer Teil des *FSP*, vor allem die *CRS*, möchte die Beziehung zu dem von Horacio Serpa und María Emma Mejía geführten Teil der Liberalen Partei stärken und sehe den Chef des Gewerkschaftsdachverbandes *CUT*, Luis Eduardo Garzón, gerne als künftigen Vizepräsidentenskandidaten von Horacio Serpa bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2002. Garzón hat mittlerweile allerdings seine eigene Kandidatur erklärt. Ein Teil des *MOIR*, der sich ihr ursprünglich angeschlossen hatte, verließ den *FSP* bereits wieder. Der an ihr beteiligte *Partido Socialista Democrático (PSD)* geriet in ernsthafte Glaubwürdigkeitsprobleme, als eine seiner Gründungspersönlichkeiten, Angelino Garzón, das Amt des Arbeitsministers der Regierung Pastrana annahm (Interview mit Orlando Fals Borda (*PSD*) und dem derzeitigen Präsidenten der *CUT* Luis Eduardo Garzón, 1.8.2000. Beide sind entschiedene Gegner der Amtsübernahme durch Angelino Garzón. Vgl. auch Sarmiento 2000: 14).

³⁷ Interview mit einem Repräsentanten der Guerillaorganisation *FARC*, im *Instituto de Estudios Políticos y Relaciones Internacionales* der Nationaluniversität in Bogotá am 3.5.1999.

Alfonso Cano, dem nationalen Anführer des *MB*, ist er die einzige linke Organisation, die Aussichten auf die Beteiligung an einer künftigen Regierung hat. Der *Movimiento Bolivariano* versteht sich als pluriklassistische Bewegung. Seine Ziele sind u. a. die lateinamerikanische Integration, die nationale Unabhängigkeit und die Schaffung sozialer Gerechtigkeit durch ökonomische Umverteilungsmaßnahmen. Das Programm stützt sich auf die „Politische Plattform für eine neue Regierung der Versöhnung und des nationalen Wiederaufbaus“, die bereits auf der 8. Nationalen Konferenz der Guerilla am 3. April 1993 vorgestellt worden war. Darüber hinaus basiert es auf dem 10-Punkte-Programm der *FARC* von 1998 und der mit der Regierung Pastrana am 6. Mai 1999 in La Machaca ausgehandelten Agenda für die Friedensverhandlungen. Beide beinhalten eine Reihe sehr allgemeiner und zum Teil auf verschiedenen analytischen Ebenen angesiedelten Forderungen zur Reformierung des Staates und der Wirtschaft. Sie sollen erst durch den Friedensprozess eine detailliertere Ausgestaltung erhalten (Sarmiento 2000: 14ff.; Frankfurter Rundschau, 15.7.1999: 7).

3.2 Das „rechte“ politische Spektrum

Auf dem „rechten“ politischen Spektrum werden eine Reihe von ehemaligen Militärangehörigen angesiedelt, die seit den 90er Jahren zu Wahlen antraten. Die offizielle Teilnahme von aktiven Militärangehörigen und Sicherheitskräften an der Politik war durch das bis heute bestehende aktive und passive Wahlverbot unterbunden worden. Die Militärs hielten es – aufgrund ihres informellen Einflusses im politischen System und bei Fragen der „öffentlichen Ordnung“ – auch nicht für notwendig, eine Partei zu gründen.³⁸ Erst durch die Anreize der Reformen und in Anbetracht zunehmender Diskrepanzen zwischen einem Teil der politischen Elite und dem Militärapparat versuchten ehemalige Militärangehörige, eine eigene politische Repräsentation aufzubauen.

Schon an den Präsidentschaftswahlen 1994 hatte der frühere Chef der Sicherheitsbehörde *DAS*,³⁹ Miguel Maza Márquez, ohne großen Erfolg teilgenommen. 1998 kandidierte er mit seiner am 13. November 1997 gegründeten Bewegung *Concertación Cívica Nacional* erfolglos für den Kongress. Das wohl wichtigste Projekt der Militärs war die Beteiligung des Ex-Generals Harald Bedoya an den Präsidentschaftswahlen 1998. Die

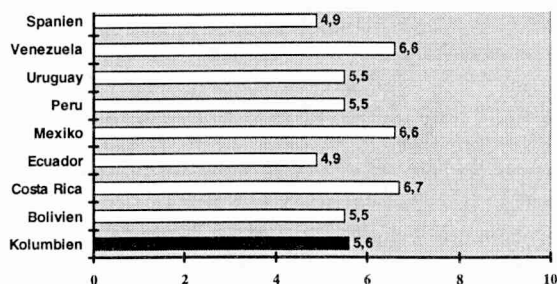
³⁸ Vgl. dazu auch: Pinzón de Lewin 1994: 7ff.

³⁹ *Departamento Administrativo de Seguridad*.

Regierung Samper hatte ihn zuvor in den Ruhestand versetzt. Die Umfragen gaben Anlass zu der Annahme, dass Bedoya und seine Bewegung *Fuerza Colombia* bei den Präsidentschaftswahlen recht gut abschneiden würden. In Kolumbien wird angesichts regionaler bürgerkriegsähnlicher Zustände immer wieder eine *mano dura*⁴⁰ gefordert. Bedoya, der sich geweigert hatte, dem Wahlbündnis der Präsidentschaftskandidatin Noemí Sanín beizutreten, musste allerdings mit rund 1,8 Prozent der Stimmen eine enttäuschende Niederlage verschmerzen (Helfrich-Bernal 1999: 375f.). Nach der Wahl gründete der Ex-General die Nationalsozialistische Partei (*Partido Nacional Socialista*). Ricardo Emilio Cifuentes und Fernando Vargas, die bei den Senatswahlen für den *Movimiento Fuerza Colombia* antraten, erzielten ebenfalls kein Kongressmandat.⁴¹ Nur der ehemalige Unteroffizier Luis Elmer Arenas Parra der Bewegung *Vanguardia Moral y Social de Colombia*, *Vamos Colombia*, der Partei der Reservisten der Militärs, zog für das *departamento* Cundinamarca ins Repräsentantenhaus ein. Der Wahlerfolg der Ex-Militärs war für die verschiedenen Gruppierungen insgesamt nicht zufriedenstellend (RNEC 1998 und *El Tiempo*, 9.3.1998).

Da die kolumbianischen Wähler stark an der politischen Mitte orientiert sind, dürften extremistische Positionen – zumindest kurzfristig – nur begrenzte Chancen bei Wahlen haben.

Schaubild 2: Ideologische Selbsteinordnung befragter Spanier und Lateinamerikaner auf dem Rechts-Links-Schema



Skala 1-10; dabei 1=links; 10=rechts.

Quelle: Centro Nacional de Consultoría (Kolumbien), Tercer Barómetro Iberoamericano, September 1993, zitiert nach Cotler 1995: 120. Die gestellte Frage wird von den Autoren nicht aufgeführt.

Innerhalb der demokratischen Linken wird allerdings befürchtet, dass aufgrund der zunehmenden Polarisierung des Konfliktes der *Movimiento*

⁴⁰ Etwa: starke Führung.

⁴¹ Der *Movimiento Fuerza Colombia* kam im Repräsentantenhaus 1998 auf 46.370 Stimmen, im Senat auf 44.587, vgl. zu den Zahlen: RNEC.

Nacional Socialista oder eine noch zu formierende politische Organisation der *Autodefensas Unidas de Colombia (AUC)* unter Führung von Carlos Castaño sich als politische Optionen etablieren könnten. Offene oder verdeckte Unterstützung würde eine solche Gruppierung von Politikern der traditionellen Parteien erhalten. Dazu gehört beispielsweise der liberale Ex-Gouverneur des *departamento* Antioquia Alvaro Uribe Vélez (Interview mit Jorge Gantiva, 1.8.2000).

4. Zur demokratischen Konsolidierung des neuen Parteiensystems

Berücksichtigt man allein die drei zur Analyse demokratischer Parteiensysteme vorgegebenen theoretischen Kriterien, so ließe sich zunächst ableiten, dass sich das kolumbianische Parteiensystem nach den Reformen konsolidiert hat. Unter rein formalen Gesichtspunkten ist festzustellen, dass der Fragmentierungs- und Polarisierungsgrad sich in dem von den genannten Transformationsforschern vorgeschlagenen Rahmen hält und eine beachtliche Zahl von auf gesellschaftlichen *clefts* begründeten Wahlparteien vorhanden ist. Bei einer näheren Betrachtung müssen aber die folgenden Defizite festgestellt werden:

Fragmentierung. Ein niedriger Fragmentierungsgrad des Parteiensystems spiegelt in Kolumbien die Dominanz der beiden traditionellen Parteien - ein Phänomen, dem durch die Reformen gerade entgegengewirkt werden sollte. Dies scheint nicht in ausreichendem Maße gelungen. Hinzu kommt, dass die interne Atomisierung der Parteien zunahm. Die Zahl der bei Wahlen aufgestellten Listen stieg von 351 (1990) auf 692 (1998) an (Helfrich-Bernal 1999: 318). Dies rührte vor allem daher, dass der in Kolumbien übliche Stimmenverrechnungsmechanismus die Kandidatur der Parteimitglieder auf eigenen Listen fördert. Diese Wahlstrategie, auch *operación avispa* genannt, wirkt sich aufgrund der zu vergebenden Reststimmenmandate positiv auf die Sitze großer Organisationen wie der Liberalen Partei aus. Sie kann für kleinere Parteien - dies war eine der Ursachen für den Niedergang der *Alianza Democrática M-19* - dagegen fatale Folgen haben.

Die u. a. durch die zunehmende Fragmentierung bedingte mangelnde Parteidisziplin erschwert die Verhandlungsprozesse im Kongress bei der Verabschiedung von Gesetzen. In den letzten Jahren war eine der Hauptaufgaben der jeweiligen Innenminister die Durchsetzung der gesetzlichen Regierungsvorlagen im Parlament. Dazu sind komplizierte, klientelistische Verhandlungsprozesse erforderlich, die zwar auch schon vor den Reformen existierten, deren Intensität aber durch die Ausgestaltung des neuen Parteiensystems zugenommen hat. Dabei müssen die jeweiligen Mehr-

heiten immer wieder neu durch politische und finanzielle Zugeständnisse „erworben“ werden. So trägt diese informelle Institution des „Mehrheitenkaufs“ zwar einerseits dazu bei, die Verhandlungsposition der Kongressabgeordneten gegenüber dem Präsidenten zu stärken. Da es sich in der Regel aber um partikularistische Anliegen einzelner Parlamentarier handelt, denen es an sozialer und politischer Vision mangelt, höhlt dieser Mechanismus andererseits den demokratisierenden Charakter der Reformen aus.

Cleavage-Struktur. Die schwache Konfliktlinienorientierung des traditionellen kolumbianischen Parteiensystems hatte mit dazu geführt, dass Konflikte ohne adäquate Vermittlungsinstanzen zwischen Staat und Gesellschaft latent gehalten wurden. Im heutigen Parteiensystem wird zwar deutlich, dass sich ein Teil der neuen Wahlparteien entlang gesellschaftlicher Konfliktlinien herausgebildet hat. Dies gilt aber nicht gleichermaßen im Hinblick auf die Parlamentsparteien. Die in den Parlamenten schließlich repräsentierten Interessen spiegelten nur in begrenztem Maße gesellschaftliche Konfliktlinien wider. Daraus lässt sich schließen, dass die staatlichen Rahmenbedingungen und der damit verbundene Gewaltkonflikt die Etablierung der neuen Parteien erschweren und dass Bürgerinnen und Bürger mit der Wahrnehmung ihres Wahlrechtes überwiegend andere Interessen verbinden als die Lösung gesellschaftlicher Konflikte bzw. nicht daran glauben, dass die neuen Parteien dazu wirklich beitragen können. Der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital beispielsweise ist zwar gesellschaftlich nicht aufgelöst, aber die ihn repräsentierenden kommunistischen Parteien verschwanden fast vollständig aus dem Parteiensystem. Die ehemaligen Guerillaorganisationen und die ethnischen Gemeinschaften konnten sich überwiegend nur dann behaupten, wenn der Staat ihnen Sonderkonditionen einräumte. Ein Großteil der politischen Gruppierungen löste sich – wie dies auch in vielen osteuropäischen Ländern geschah – nach ein oder zwei Wahlperioden wieder auf bzw. trat unter neuen Labels bei Wahlen an.⁴² Der *cleavage* Zentrum/Peripherie, der in Kolumbien aufgrund der nicht abgeschlossenen nationalen Integration eine bedeutende Rolle spielt, führte nicht automatisch zur Festigung von Regionalparteien.⁴³ Sie litten unter der zunehmenden Intensität der politischen Gewalt, vor allem in den ländlichen Gemeinden. Bestimmte soziale Gruppen (Frauen, AfrokolumbianerInnen, *indígenas*) fallen durch das Raster klassischer Repräsentationsmuster. Ihr Erfolg hängt von besonderen Fördermaßnahmen ab. Parteien, die sich um die Belange

⁴² Vgl. zu Osteuropa: Von Beyme 1997: 37ff.

⁴³ Vgl.: *Actitud Renovadora* ohne Jahr: 1ff. zum Zentrum-Peripherie-Konflikt, zu den Problemen der Nationenbildung und der Diskussion um die territoriale Neugliederung des Landes: Atehortúa Ríos et al. 1993: 5ff. und Fals Borda 1993: 91ff.

solcher „Minderheiten“ kümmern, haben es schwer, sich dauerhaft als Parlamentspartei zu etablieren. Darin sind die liberalen und konservativen *Catch-all*-Parteien (Kirchheimer 1966: 177ff.) sowie ihre Abspaltungs- und Satellitenparteien, die ihre Wähler über identitätsstiftende Konfliktstrukturen hinweg und durch partikularistische Zugeständnisse integrieren, eindeutig im Vorteil. Die aktuellen gesellschaftlichen Konflikte bleiben dadurch vielfach unbearbeitet und werden von den Guerillaorganisationen als Legitimationsgrundlage für ihr militärisches Engagement instrumentalisiert. Es sind vor allem die sozialen Bewegungen, die gesellschaftliche Konflikte – insofern dies der kolumbianische Gewaltkonflikt zulässt – zu bearbeiten suchen. Die Parteien – und damit die wichtigsten Organisationen der Vermittlung zwischen Staat und Gesellschaft – spielen immer noch eine untergeordnete Rolle.

Polarisierung. Niedrige Polarisierung bedeutete in Kolumbien traditionell den Verweis der am linken Rand des Parteiensystems angesiedelten politische Akteure auf extra-institutionelle Handlungskorridore. Gerade die mangelnde Inklusionsfähigkeit führte dazu, dass sich keine wirkliche demokratische Alternative zu den traditionellen Parteien etablieren konnte. Das friedliche Zusammenleben innerhalb der kolumbianischen Gesellschaft und eine Demokratisierung des politischen Systems hängt aber zu einem erheblichen Maß von der Integration der noch aktiven Guerillagruppen ab, auch wenn die Regierung damit nicht die gesamte Gewaltproblematik entschärfen kann.

Extremistische Gefahren für ein zu schaffendes demokratisches System stellen außerdem die Drogenkartelle und die Paramilitärs dar. Es bleibt abzuwarten, ob der Staat die Paramilitärs ähnlich wie die Mafia als „normale Kriminelle“ einstuft oder sie als politische Akteure anerkennt. Ihre Aussichten galten nach dem öffentlichen Auftreten des Anführers der *Autodefensas Unidas de Colombia*, Carlos Castaño, im kolumbianischen Fernsehen als besser denn je (Caballero 2000). Viele Organisationen der Zivilgesellschaft fordern allerdings eine Aufarbeitung der schweren Menschenrechtsverbrechen sowohl durch die Guerilla als auch durch die Todesschwadronen. Eine Integration ins politische System kann es ihrer Meinung nach nicht um jeden Preis geben.

Zu den zuvor genannten Einschränkungen kommt hinzu, dass bei der Analyse von Parteiensystemen mehr Kriterien als die oben vorgeschlagenen berücksichtigt werden sollten, vor allem auch solche, die sich auf die Binnengestaltung der Parteien beziehen. Zu berücksichtigen sind ebenfalls die historische Entwicklung der Parteiensysteme, Faktoren der politischen Kultur und informelle Institutionen (Helfrich-Bernal 1999). Oft nehmen

die Parteien in Kolumbien außerdem die ihnen zugeschriebenen demokratischen Funktionen der Wählermobilisierung, Interessenartikulation, Interessenaggregation und des Entwerfens von Parteiprogrammen nur eingeschränkt wahr. So nahm die Wahlenthaltung bei den Wahlen 1998 zwar ab, sie ist aber im lateinamerikanischen Vergleich immer noch erheblich.⁴⁴ Die Ausarbeitung differenzierter Parteiprogramme hat sich zwar durch verschiedene Maßnahmen in einigen Gemeinden verbessert. Dazu gehört die Beteiligung neuer „unabhängiger“ KandidatInnen und Parteien, ein Gesetz zur Registrierung der Wahlprogramme (*voto programático*) und die zunehmende Aufmerksamkeit der Massenmedien in Wahlkampfzeiten bei der Präsentation von Parteien. Aber die ideologische und inhaltliche Differenziertheit der Programme und ihre tatsächliche Umsetzung lassen sehr zu wünschen übrig.

Die politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und staatlichen Rahmenbedingungen erschweren außerdem die Partizipation von Parteien und BürgerInnen und die Wahrnehmung einer demokratisch substanziellen Staatsbürgerschaft. Die Verarmung breiter Teile der Bevölkerung, die im Hinblick auf die politischen Partizipationsrechte als *ciudadanía de baja intensidad* bezeichnet wird, trägt dazu bei, dass einem Grossteil der Bevölkerung eine über die Einbindung in klientelistische Netzwerke hinausgehende Inanspruchnahme ihrer Bürgerrechte erschwert (O'Donnell 1996: 45), wenn auch nicht unmöglich gemacht, wird.

Die strukturellen Mängel des Rechtssystems schaffen ein Klima der Straflosigkeit. Auch dadurch kann die Wahrnehmung der Bürgerrechte nur begrenzt gewährleistet werden. Hinzu kommt, dass beispielsweise der Militärapparat durch die neue Verfassung nicht reformiert wurde. Dies hat seine eindeutige zivile Einbindung und Unterstellung unter die Direktiven der Exekutive verhindert. Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Akteure enden in aller Regel in der Straflosigkeit.

Die Fraktionierung des staatlichen Gewaltmonopols, die Zunahme der Aktivitäten von Paramilitärs und der Guerilla durch die konfliktverstärkende Dynamik des Friedensprozesses sowie die zu befürchtende Intensivierung des Krieges durch den militärischen Teil des *Plan Colombia* behindern die politische Arbeit und bedrohen die physische Integrität vor allem der „linken“ politischen Parteien nicht nur in Wahlkampfzeiten. Die mangelnde Kontrolle des Staates über das kolumbianische Territorium ermöglicht autoritäre Enklaven in weiten Teilen des Landes, in denen gewalttätige Gruppen die demokratischen Regulierungsinstanzen ersetzen. Die Kanalisierung des sozialen Protestes und die Austragung von Meinungs-

⁴⁴ Sie lag bei den letzten Präsidentschafts- und Kongresswahlen 1998 bei rund 50 Prozent, bei den Regionalwahlen 1997 um 60 Prozent. Vgl. zu den genauen Zahlen: Helfrich-Bernal 1999: 449.

verschiedenheiten mit rechtsstaatlichen Mitteln scheint unter den gegebenen Rahmenbedingungen nur begrenzt möglich (Helfrich-Bernal 2000a).

In diesem Kontext konnten die Transformation des Wahl- und Parteienregimes nur zum Teil zur Reduzierung demokratischer Defizite im gesamten politischen System beitragen. Dabei fällt die Bilanz des Demokratisierungspotenzials der Reformen je nach politischer Gruppierung, regionaler Ausrichtung und zeitlicher Aktivität unterschiedlich aus. Insgesamt verschärfen die demokratischen Defizite im Parteiensystem zusammen mit den unzureichenden Reformen in anderen Teilregimen und auf der Ebene des Staates den kolumbianischen Gewaltkonflikt. Dessen Gefährlichkeit wird mittlerweile von den meisten gesellschaftlichen Sektoren erkannt. Seine Entschärfung aber verfolgen die Akteure mit unterschiedlichen Mitteln (Ortiz Nieves 2000). Während die Regierung und der Kongress auf ein begrenztes *political engineering* setzen, fordern Guerilla, einige wenige Politiker und Politikerinnen sowie ein Teil der zivilgesellschaftlichen Organisationen tiefgreifende Reformen in Staat und Gesellschaft und eine grundlegende Demokratisierung des politischen Systems. Davon, wer letztlich die Oberhand behält, wird auch die weitere Ausgestaltung des kolumbianischen Parteiensystems abhängen.

Literatur

- Aguirrazábal, I. (1976), La izquierda y la participación electoral en Colombia, in: Controversia Nr. 43, Mai, Bogotá, 6-34.
- Alvarez, A./Hernando Llano A. (1994), La Alianza Democrática M-19: ¿Una tercera fuerza frustrada?, in: Revista Foro Nr. 24, Bogotá, 63-75.
- Américas Watch (1989), Informe sobre derechos humanos en Colombia, Bogotá.
- Arizola, J. (1989), Unión Patriótica, in: Gallón Giraldo, G. (Hrsg.), Entre movimientos y caudillos. 50 años de bipartidismo, izquierda y alternativas populares en Colombia, CINEP, CEREC, Bogotá, 159-165.
- Atehortúa Ríos, C. A. et al. (Hrsg.) (1993), Las nuevas políticas territoriales, Bogotá.
- Banco Mundial, Colombia. Estudio sobre la capacidad de los gobiernos locales: más allá de la asistencia técnica, Informe Nr. 14085-CO, Washington 1995.
- von Beyme, K. (1997), Parteien im Prozeß der demokratischen Konsolidierung, in: Merkel, W./Sandschneider, E. (Hrsg.), Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen, 23-56.
- Bolívar, I. J. (1997), Ni muy caciques, ni tan cívicos, in: Ciendías Nr. 39, Oktober – Dezember, 6-7.
- de Bucana, J. B. (1995), La iglesia evangélica en Colombia: una historia, Bogotá.
- Buenaventura, N. (1977), Por la democracia y el socialismo. Estudio del programa del Partido Comunista Colombiano, Bogotá.
- Buenaventura, N. (1979), El programa de los comunistas. Texto de estudio del programa del Partido Comunista de Colombia, Bogotá.
- Buenaventura, N. (1985), Tregua y Unión Patriótica, Bogotá.
- Buenaventura, N. (1987), Unión Patriótica y poder popular, Bogotá.

- Caballero, A. (2000), Las caras de Castaño, in: *Semana*, 9.3.2000.
- Cardona Grisales, G. S. J. (1994), Religión y proselitismo político, ¿una mezcla inconveniente?, in: *Ciendías vistos por CINEP* Nr. 26, Bd. 6, Bogotá, 10-11.
- Coggins, J./Lewis, D. S. (Hrsg.) (1992), *Political Parties of the Americas and the Caribbean. A Reference Guide*, London.
- Concha Sanz, T. E. (o. J.), Algunas anotaciones acerca de la historia del proceso de reinserción en Colombia, o. O. (mimeo).
- Encuentro Ciudadano por la Democracia (o. J.), o. O., Manuskript.
- Equipo de investigación sobre élites parlamentarias (1998), *Elites parlamentarias iberoamericanas*, Universidad de Salamanca – Agencia Española de Cooperación Internacional – Centro de Investigaciones Sociológicas, Madrid.
- Fals Borda, O. (1993), El reordenamiento territorial: itinerario de una idea, in: *Análisis Político*, Nr. 20, Bogotá, September – Dezember, 90-98.
- FUNDEPOP (1999), *Izquierda democrática*, Bogotá, Manuskript.
- Gaitán, P. et al. (1995), Los desafíos de la construcción democrática en Colombia. ¿Hacia una democracia representativa?, Instituto de Estudios Políticos y Relaciones Internacionales, Universidad Nacional de Colombia, Bogotá.
- Garretón, M. A. (1997), *Political Parties and Redemocratisation in Latin America*, Juni 1997.
- Helfrich-Bernal, L. (1995), Zwischen Skeptizismus und Klientelismus: Tradition und Wandel bei den Wahlen in Kolumbien, in: *Lateinamerika. Analysen – Daten – Dokumentation* Nr. 28, 1995, 101-121.
- Helfrich-Bernal, L. (1999), Zur Partizipations- und Parteiensystemreform in Kolumbien. Formale und informelle Institutionen im politischen Transformationsprozess, Inaugural-Dissertation, Institut für Politikwissenschaft, Johannes Gutenberg-Universität, Mainz.
- Helfrich-Bernal, L. (2000), Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Mittel der Befriedung – Die Erfahrungen der M-19 (Manuskript), erscheint in: Kurtenbach, S. (Hrsg.), *Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme durch externe Akteure in Konfliktsituationen*, Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg 2001.
- Helfrich-Bernal, L. (2000a), Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Kolumbien? (Manuskript), erscheint in: Becker, M./Lauth, H. J./Pickel, G. (Hrsg.), *Rechtsstaat und Demokratie im internationalen Vergleich*, Opladen 2001.
- Helfrich-Bernal L. (2000b), Multikulturelle Gesellschaft in Kolumbien: Die Anerkennungsfrage ethnischer Minderheiten (Manuskript), erscheint in: Behr, H./Schmidt, S. (Hrsg.), *Multikulturalismus als Aufgabe und Chance. Theoretische Konzepte und politische Institutionenordnung in vergleichender Perspektive*, Opladen 2001.
- Helfrich-Bernal, L. (2000c), Elecciones: entre gamonalismo y civismo. El caso de Tumaco en la Costa Pacífica, in: *Territorios. Revista de Estudios Regionales y Urbanos*, Nr. 4, Januar – Juni 2000, 39-51.
- Jaramillo, J./Franco, B. (1993), Kolumbien, in: Nohlen, D. (Hrsg.), *Handbuch der Wahldaten Lateinamerikas und der Karibik. Politische Organisation und Repräsentation in Amerika*, Bd. 1, Opladen, 457-510.
- Kirchheimer, O. (1966), The Transformation of the Western European Party Systems, in: La Palombara, J./Weiner, S. M. (Hrsg.), *Political Parties and Political Development*, Princeton, 177-200.
- Laakso, M./Taagepera, R. (1979), „Effective“ Number of Parties. A Measure with Application to Western Europe, in: *Comparative Political Studies* Nr. 1, Bd. 12, 3-27.
- Leal Buitrago, F. (1987), La crisis política en Colombia: alternativas y frustraciones, in: *Análisis Político*, Nr. 1, Bogotá, Mai – August, 76-88.
- Leal Buitrago, F. (1995), El Estado colombiano: ¿Crisis de modernización o modernización incompleta?, in: Melo, J. O. (Hrsg.), *Colombia hoy: perspectivas hacia el siglo XXI*, decimoquinta edición, Bogotá, 397-446.

- Leal Buitrago, F. (1996), Alcances y dilemas de la crisis política, in: Leal Buitrago, F. (Hrsg.), *Tras las huellas de la crisis política*, Bogotá, 21-45.
- Leal Buitrago, F./Zamosc, L. (Hrsg.) (1990), *Al filo del caos. Crisis política en la Colombia de los años 80*, Bogotá.
- Linz, J. J./Stepan, A. (Hrsg.) (1978), *The Breakdown of Democratic Regimes*, Baltimore/London.
- Linz, J. J./Stepan, A. (1996), Toward Consolidated Democracies, in: *Journal of Democracy*, Nr. 2, Bd. 7, April 1996, 14-33.
- López, A. (1998), Narcotráfico y elecciones: delincuencia y corrupción en la reciente vida política colombiana, in: Ladrón de Guevara, A. D./Bejarano, A. M. (Hrsg.), *Elecciones y democracia en Colombia, 1997 – 1998*, Bogotá, 35-50.
- Losada, R. (1990), La semilla de Pizarro. La AD/M-19: potencial factor de poder, in: *Ciendfás vistos por CINEP*, Nr. 10, Bd. 3, Bogotá, April – Juni, 10-33.
- Mainwaring, S. (1997), *Presidentialism in Brazil: The Impact of Strong Constitutional Powers, Weak Partisan Powers, and Robust Federalism*, Latin American Program, Woodrow Wilson International Center for Scholars, Working Papers 225, Notre Dame.
- Mainwaring, S./Scully, T. R. (Hrsg.) (1995), *Building Democratic Institutions. Party Systems in Latin America*, Stanford (California).
- Medina, M. (1989), El Partido Comunista Colombiano: experiencias y perspectivas, in: Gallón Giraldo, G. (Hrsg.), *Entre movimientos y caudillos. 50 años de bipartidismo, izquierda y alternativas populares en Colombia*, CINEP, CEREC, Bogotá, 145-158.
- Medina, M. (1997), La crisis política 1994 – 1996, in: *Número 12*, Bogotá, Dez. 1996 – Feb. 1997, 38-43.
- Medina, M. (1997a), Dos décadas de crisis política en Colombia, 1977 – 1997, in: Arango, L. G. (Hrsg.), *La crisis socio-política colombiana: un análisis no coyuntural de la coyuntura*, Bogotá, 27-62.
- Merkel, W. (1997), Die Bedeutung von Parteien und Parteiensystemen für die Konsolidierung der Demokratie: ein interregionaler Vergleich, in: Merkel, W./Sandschneider, E. (Hrsg.), *Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozess*, Opladen, 336-371.
- Merkel, W./Puhle, H. J. (1999), *Von der Diktatur zur Demokratie*, Opladen.
- Miranda Hamburger, F. (1998), El proceso electoral colombiano 1997 – 98: Elecciones, bipartidismo y alternativas, in: *Revista Javeriana* Nr. 646, Juli, 75-84.
- Morales, V. (1996), El encanto de hacer política, in: *Cromos* Nr. 4081, April, 85-88.
- Muyuy, J. (1997), Indigene Bewegung in Kolumbien: Ein Erfahrungsbericht zur politischen Partizipation, in: von Gleich, U. (Hrsg.), *Indigene Völker in Lateinamerika. Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential?*, Frankfurt, 243-262.
- O'Donnell, G. (1996), Illusions about Consolidation, in: *Journal of Democracy*, Nr. 2, Bd. 7, 34-51.
- Ortiz Nieves, J. (2000), La Paz. Análisis del proceso y propuestas para un nuevo sistema político en Colombia, Bogotá.
- Palacio, G. (Hrsg.) (1990), *La Irrupción del paraestado. Ensayos sobre la crisis colombiana*, ILSA, CEREC, Bogotá.
- Pinzón de Lewin, P. (1994), *El Ejército y las elecciones. Ensayo histórico*, Bogotá.
- Pizarro Leongómez, E. (1992), Revolutionary Guerrilla Groups in Colombia, in: Bergquist, C./Peñaranda, C./Sánchez, G. (Hrsg.), *Violence in Colombia. The Contemporary Crisis in Historical Perspective*, Wilmington (Delaware), 169-193.
- Pizarro Leongómez, E. (1996), La crisis de los partidos y los partidos en la crisis, in: Francisco Leal Buitrago (Hrsg.), *Tras las huellas de la crisis política*, Bogotá, 205-234.
- Pizarro Leongómez, E. (1998), Partidos, movimientos políticos y elecciones en 1997, in: *Síntesis '98. Anuario social, político y económico de Colombia*, Bogotá, 91-99.
- Ramos Jiménez, A. (1995), *Los partidos políticos en las democracias latinoamericanas*, Mérida 1995.

- Sáenz, O./Rodríguez, C. R. (1998/99), Gobernabilidad y gestión local en Barranquilla, in: Territorios. Revista de Estudios Regionales y Urbanos, Nr. 1, Aug. 1998 – Jan. 1999, 153-166.
- Sarmiento Anzola, L. (2000), Gobernabilidad, gestión pública y social. Bases para un gobierno socialista en Colombia, Fundación Friedrich Ebert de Colombia, Manuskript.
- Sartori, G. (1976), Parties and Party Systems. A Framework for Analysis, Cambridge.
- Seegers, H. (1998), Politische Weichenstellung in Kolumbien für die kommenden Jahre, in: KAS-Auslandsinformationen, Nr. 8, 69-97.
- Sevilla, R./von Haldenwang, C./Pizarro Leongómez, E. (Hrsg.) (1999), Kolumbien. Land der Einsamkeit?, Bad Honnef.
- Taagepera, R./Shugart M. S. (1993), Predicting the Number of Parties: A Quantitative Model of Duverger's Mechanical Effect, in: American Political Science Review, Nr. 87, 455-464.
- Taylor, S. L. (1996), Rules, Incentives, and Political Parties: Electoral Reform in Post-1991 Colombia, PHD, University of Texas, Austin.